Nr. 215. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3.90 Mk., monatl. 1.30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1.30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Der Anzeigenpreis
beträgt f. die siebengespaltene Kolonelzeile 60 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Politische u. gewerkschaftliche Vereinsanzeigen die siebengespaltene Kolonelzeile 40 Pfg. Familienanzeigen 50 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition abgegeben werden. Geöffnet v. 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 8. August 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die neue russische Regierung.

Vereinzelte Kämpfe im Westen — Vorwärts im Sereth- und Suczawatal — Wiederum rumänische Angriffe am Casinului und am Putnatal — Russische Stellungen nördlich Focsani erstürmt.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. August 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war die Kampftätigkeit der Artillerien nur vorübergehend in einigen Abschnitten lebhaft, im Trichterfeld kam es mehrfach zu Zusammenstößen von Erkundungsabteilungen.

Im Artois lag starkes Feuer auf den Stellungen zwischen Hulluch und der Scarpe.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Vorstöße oldenburgischer und württembergischer Sturmtrupps in die Schlucht von Vesty (nördlich der Straße Laon—Soissons) und bei Berry-au-Bac an der Aisne brachten uns Gewinn an Gefangenen und Beute.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Lage ist unverändert.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

Im Sereth- und Suczawatal wurde kämpfend Boden gewonnen; auch im Gebirge ging es trotz zähen feindlichen Widerstandes vorwärts.

Erneute rumänische Angriffe am Mgr. Casinului und bei Kloster Legsa (am Putnatal) brachen verlustreich zusammen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In örtlichem Angriff stürmten preußische und bayerische Regimenter die russischen Stellungen nördlich von Focsani. 1300 Gefangene, 13 Geschütze und zahlreiche Grabenwaffen wurden eingebracht.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 7. August 1917, abends.
Im Westen und Osten bisher nichts von Bedeutung.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. August 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

erstürmten deutsche Truppen nördlich von Focsani starke russische Verteidigungsanlagen; es wurden 1300 Gefangene und 13 Geschütze eingebracht.

An der oberen Putna scheiterten schwächere gegnerische Vorstöße.

Auf dem Casinului-Berg erschöpfte sich der Feind abermals in heftigen opferreichen Angriffen. Unsere tapferen Verteidiger warfen ihn durch Gegenstoß und in erbittertem Handgemenge immer wieder zurück.

Nördlich von Gyergyo-Tölgyes bemächtigten wir uns mehrerer russischer Verschanzungen jenseits der Grenze.

Unser Vordringen bei Gurahumora gewann bei Ueberwindung zähen feindlichen Widerstandes weiteren Raum.

Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf dem Fassaner Kamm südöstlich von Cavalese brach ein italienischer Vorstoß in unserem Feuer zusammen; das feindliche Bataillon flüchtete in voller Auflösung.

Am Isonzo ließ gestern der Geschützkampf wieder nach.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Kerenskis Regierung.

Petersburg, 7. August. (Petersburger Tel.-Agentur.) Das Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident, Kriegs- und Marineminister: Kerenski; Geschäftsführer im Kriegsministerium: Sawinkow, Geschäftsführer im Marineministerium: Lebedew; Finanzen: Nekrasow, der beauftragt ist, den Ministerpräsidenten im Falle der Abwesenheit zu vertreten; Geschäftsführer im Finanzministerium: Professor Bernatzki; Inneres: Awksentiew; Äußeres: Terestschenko; Handel und Industrie: Prokopowitsch; Ackerbau: Tschernow; Arbeitsministerium Skobelew; Ernährung: Peschechonow; Post und Telegraph: Nikitin; Oeffentlicher Unterricht: der Akademiker Oldenburg; Justiz: Zarondny; Oeffentliche Hilfeleistung: Efremow; Staatskontrolleur: Kokoschin; Oeffentliche Arbeiten: Yurenew; Prokurator des Heiligen Synod: Kartaschew.

Stockholm, 7. August. (Eig. Drahtber. d. „Vorwärts".) Die neue russische Regierung dürfte, wie man hier annimmt, die Kriegspolitik der letzten Zeit weiterführen und auch die Maßnahmen gegen die Bolschewiki fortsetzen. Der Gehilfe des Kriegsministers Sawinkow ist ein berühmter politischer Romanschriftsteller, der unter dem Namen Ropschin schreibt. Er ist ein alter Sozialrevolutionär und gehörte zur Zeit des Zarismus zu den Terroristen. Zuletzt war er Armeekommissar und ließ gegen die Ausreißer die Kanonen richten. Der Innenminister Awksentiew ist Mitglied der Exekutive der Bauernräte. Das Ausscheiden Tseretellis gilt hier als ein hervorragendes Kennzeichen des Regierungswechsels, zugleich als Symptom dafür, daß es sich nur um ein Uebergangsministerium handelt.

•

„Times" wird aus Petersburg vom 5. August berichtet, daß Kerenski befohlen hat, Trotzki und Lunatscharski wegen Mitschuld an den letzten Unruhen zu verhaften. Admiral Werderewski, der vor einiger Zeit verhaftet wurde, wird wegen Veröffentlichung militärischer Geheimnisse verfolgt werden. General Gurko steht unter der Anklage, mit dem ehemaligen Zaren einen Briefwechsel unterhalten zu haben.

Explosivmaterial in England.

Ein unterdrückter Satz aus Lloyd Georges Rede.

Aus Bern meldet Wolffs Bureau: Die hier eingetroffenen englischen Blätter lassen erkennen, daß die im Ausland verbreiteten Berichte über die Rede Lloyd Georges im Unterhause vom 1. August folgenden bedeutsamen Satz unterdrückt haben:

„Lassen Sie mich zum Schlusse sagen: Ich möchte wohl wissen, ob jedes Mitglied dieses Hauses das Explosivmaterial gewahrt, das um uns her ist."

Dieser mit Hört! hört! aufgenommene Satz leitet den letzten Teil der Rede ein, in der Lloyd George das Haus förmlich beschwört, nicht den Rücktritt Hendersons zu verlangen, und bezeichnend ausruft „wenn wir anfangen uns aufzulösen, einen wertvollen Kollegen nach dem andern in die Arme derer werfen, die für pazifistische Ziele kämpfen, dann verzweifle ich wirklich an unserem Siege."

Um zu deuten, welches Explosivmaterial Lloyd George gemeint habe, weist das Berner Telegramm darauf hin, in dem kürzlich veröffentlichten Bericht der acht Ausschüsse zur Feststellung der Gründe der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft heiße es:

„Die Regierung muß sofort nachdrücklich heilende Maßnahmen ergreifen, wenn die wachsenden Gefahren, welche die für eine siegreiche Beendigung des Krieges arbeitenden Industrien jetzt bedrohen, abgewendet werden sollen."

Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Bern gemeldet: Eine Konferenz des Bergarbeiter-Bundes von Südwales lehnte es ab, die Dienste der Organisation für die Auslese von 4575 Rekruten zur Verfügung zu stellen, da es nicht Sache der Gewerkschaften sei, mit den Militärbehörden zusammenzuarbeiten. Die Ablehnung erfolgte mit 336 gegen 25 Stimmen. Die Konferenz erklärte u. a. in einer Entschließung folgendes:

Der Bund der Bergarbeiter von Südwales ergreift Maßnahmen, um die Ansichten der organisierten Arbeiterschaft unseres Landes in der Friedensfrage festzustellen, mit dem Zwecke, den organisierten Arbeitern der kriegführenden Länder Gelegenheit zu geben, um die Ansichten der britischen Arbeiterklasse über die Friedensregelung kennen zu lernen und anzufragen, ob sie bereit sind, die Politik der britischen Arbeiterklasse anzunehmen und Schritte zu tun, um ihre Regierungen zur Annahme zu zwingen.

Die Erörterungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen und die Konferenz vertagte sich auf den folgenden Tag.

Zur Reform der Arbeiterversicherung.

Wenn von zukünftigen Reformen die Rede ist, richten sich unwillkürlich die Blicke der Arbeiter auf die Arbeiterversicherung. Es ist zwar erst vor einigen Jahren das „große Reformwerk", die Reichsversicherungsordnung, unter Dach und Fach gebracht worden, aber wer sich erinnert, wie dieses Gesetz zustande gekommen ist, der wird ohne weiteres verstehen, daß die Arbeiter noch immer an der ablehnenden Haltung, die sie dagegen eingenommen haben, festhalten und wirkliche Reformen auch auf diesem Gebiete fordern. Damals war es der Regierung und der Reichstagsmehrheit um eine zugkräftige Wahlparole zu tun. Eine solche glaubte sie in der Reichsversicherungsordnung gefunden zu haben, zumal alles darauf angelegt war, daß die Sozialdemokratie gegen die Reichsversicherungsordnung stimmen mußte und somit den Urteilslosen gegenüber wieder ein Beweis dafür beigebracht war, daß sich die Sozialdemokraten gegen alles sträuben, was die Lage der Arbeiter verbessert.

Wie sehr sich die Regierung und die Macher der Reichsversicherungsordnung verrechneten, haben die Wahlen vom Jahre 1912 gezeigt. Hatte die Reichsversicherungsordnung doch im Grunde nichts von dem gebracht, was die Arbeiter erwarteten. Sie hatte nicht einmal das Versprechen erfüllt, das seinerzeit im Zollgesetz im Jahre 1902 gegeben war. Ein Teil der Erträge dieses Gesetzes sollte aufgespeichert werden, um den Grundstock für eine Witwen- und Waisenversicherung zu schaffen. Die Reichsversicherungsordnung hat eine allgemeine Witwenversicherung nicht gebracht. Dadurch, daß sie die Bezugsberechtigung auf invalide Witwen beschränkte, hat sie weit hinter sich gelassen, was die Arbeiter zu verlangen berechtigt waren. Daneben hat sich noch so manch' andere Hoffnung der Arbeiter nicht erfüllt. An die Stelle eines einheitlichen Versicherungsgesetzes trat ein fast mechanisches Aneinanderreihen der früheren Gesetze. Aus geschichtlichen Gründen sollten die alten Versicherungsträger erhalten bleiben. Den Arbeitern ist jedoch nicht mit geschichtlichen Gründen, sondern nur mit einer wirklichen Reform gedient, und zu einer solchen gehört unausbleiblich auch die Vereinheitlichung der Versicherungsgesetzgebung, die früher die Regierung auch durch den Grafen Posadowsky ankündigen ließ.

Nicht einmal die Zersplitterung auf dem Gebiete der Krankenversicherung wurde beseitigt. Es blieb fast alles beim alten. An die Stelle der Gemeindekrankenkassen traten gewissermaßen die Landkrankenkassen, mit all ihren die Versicherten entmündigenden Vorschriften. Wie unglücklich sind auch die Bestimmungen über die Versicherung der unständigen Arbeiter und der Hausgewerbetreibenden! Gewiß, es sind damals auf dem Gebiete der Krankenversicherung auch einige Verbesserungen eingeführt worden, die aber mehr als wett gemacht wurden durch die gleichzeitige Einschränkung der Selbstverwaltung, die allein schon Grund genug war, die ganze Reichsversicherungsordnung in Bausch und Bogen abzulehnen.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung sind damals einige Fortschritte erzielt worden. Der Kreis der Versicherten wurde — allerdings wieder anders als bei der Krankenversicherung — etwas erweitert, der anrechnungsfähige Jahresarbeitsverdienst wurde höher usw. Dagegen blieb der Gesetzgeber auf halbem Wege stehen bei den Gewerbekrankheiten. Der Bundesrat hat bis heute, obgleich gerade die jetzigen Verhältnisse ihn dazu nötigen müßten, noch keine Zeit gefunden, sie den Unfällen gleichzustellen. Vielentschiedener machte aber die Kriegsversicherungsordnung rückschrittliche Bewegungen. Als solche haben die Arbeiter insbesondere die Verschlechterung des Rechtsweges angesehen. Der Rekurs blieb nur noch in bestimmten Fällen zulässig, und die Oberversicherungsämter, deren unzulängliche Arbeit hinreichend bekannt ist, sind zur letzten Instanz in den allermeisten Streitfällen gemacht worden. Zu dieser Verschlechterung des Rechtsweges gesellte sich die unglückselige Formulierung der in Betracht kommenden Paragraphen, wie auch überhaupt die ganze Reichsversicherungsordnung unter der Galopparbeit leidet, durch die sie hergestellt wurde. Wie unsicher die Rechtslage auf dem Gebiete des Rekurses heute ist, wurde kürzlich von einem der ständigen Beisitzer des Reichsversicherungsamts in einem Artikel dadurch charakterisiert, daß er sagte, die Frage, wann der Rekurs zulässig sei, sei geradezu zu einer Wissenschaft, und zwar zu einer Geheimwissenschaft, geworden. Ein Gesetz, das sich lediglich mit Arbeiterfragen beschäftigt, soll aber in jedem Punkte so klar und so durchsichtig sein, daß sich auch der einfachste Arbeiter hindurch finden kann.

Aehnlich wie bei der Unfallversicherung ist es auch bei der

Invalidenversicherung gewesen. Auch hier wurde der Rechtsweg verschlechtert, während andererseits die Hoffnungen der Arbeiter unerfüllt geblieben sind. Es wurde zwar der Kreis der Versicherten etwas ausgedehnt. Es kam auch das, was sich Witwen- und Waisenversicherung nennt, hinzu. In besonderen Fällen, nämlich wenn Kinder unter 15 Jahren vorhanden sind, ist auch die Rente etwas erhöht worden. Aber im übrigen hat die Reichsversicherungsordnung so gut wie alles beim alten gelassen. Die Renten sind im allgemeinen so niedrig geblieben, wie sie früher waren, und die Gewährung des Heilverfahrens blieb nach wie vor ins Belieben der Versicherungsträger gestellt. Von der so unglücklichen Zusatzversicherung wird so gut wie gar kein Gebrauch gemacht und es kann auch den Arbeitern gar nicht einmal geraten werden, sie zu benützen. Und wie leicht wäre es gewesen, hier den Arbeitern entgegenzukommen. Aber da stand der Wunsch im Wege, für die Angestellten etwas Besonderes zu schaffen, die man loslösen wollte von der großen Masse der „gewöhnlichen Arbeiter". Ein Verlangen, das törichterweise von gewissen Angestelltenkreisen damals sogar gestellt worden ist. Die Folge war, daß an die Stelle der Vereinheitlichung sogar noch eine weitere Zersplitterung der Versicherung trat, indem ein neues Versicherungsgesetz, das für die Angestellten, hinzugekommen ist.

Gerade über die Unhaltbarkeit dieses Zustandes ist in der letzten Zeit sehr viel geschrieben worden. Eine ganze Reihe namhafter Fachleute auf dem Gebiete des Versicherungswesens hat sich gegen die Aufrechterhaltung der Angestelltenversicherung und für deren Angliederung an die Invalidenversicherung in der Reichsversicherungsordnung ausgesprochen. In der Tat haben die Erfahrungen der Kriegszeit auch gezeigt, wie verfehlt damals dieses Vorgehen gewesen ist. Wären die Angestellten der Reichsversicherungsordnung angegliedert worden, dann würden die im Kriege verwundeten Angestellten nicht ohne Rente sein und ihre Hinterbliebenen würden ebenfalls Ansprüche auf Rente haben. Derartige Erwägungen sind nun allerdings damals, als das Angestelltenversicherungsgesetz geschaffen worden ist, von niemand in Betracht gezogen worden. Aber es gibt auch sonst der Gründe noch ganz außerordentlich viele, die für die Beseitigung dieses besonderen Versicherungszweiges sprechen. Schon aus Gründen der Sparsamkeit empfiehlt sich die Angliederung. Ebenso aus Gründen der Vereinfachung der Versicherung überhaupt. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß es Invaliden der verschiedensten Art auf Grund der Versicherungsgesetzgebung heute gibt. Die eine Kategorie ist bezugsberechtigt, wenn sie ihre Erwerbsfähigkeit um 50 Proz. verloren hat, die andere erst, wenn sie um 66⅔ Proz. erwerbsbeschränkt geworden ist. Die Zweiteilung besteht weiter bei der Witwenrente und Waisenrente und bei der Heilbehandlung, so daß tatsächlich die Versicherten heute in eine I. und II. Klasse eingeteilt worden sind. Auch die Instanzen bei der Angestelltenversicherung sind ganz andere, als die in der Reichsversicherungsordnung, wofür ein Grund sich beim besten Willen nicht entdecken läßt.

Das an sich berechtigte Bestreben, den Kreis der Versicherten auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes soweit wie möglich auszudehnen, hat gleichfalls Zustände geschaffen, die als unhaltbar bezeichnet werden müssen. In außerordentlich vielen Fällen wird von Arbeitern in besseren Stellungen gefordert, daß sie Beiträge für die Angestelltenversicherung leisten sollen. Sie können sich dem nicht entziehen, obgleich es sich sehr häufig nur um vorübergehende Versicherungspflicht handeln kann. Wenn den betreffenden Arbeitern auch die Möglichkeit offen steht, später bei einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses, in dem sie nicht als Angestellte angesehen werden können, die Versicherung fortzusetzen, so stehen dem doch die hohen Beiträge im Wege, und so läuft im Grunde dann die Sache, wenn auch unbeabsichtigt, auf Beutelschneiderei hinaus. Die betreffenden Arbeiter sind die Beiträge losgeworden, ohne daß sie jemals in Gestalt einer Rente eine Gegenleistung dafür erhalten. Haben sie dann während dieser Zeit ihre Invalidenversicherung auf Grund der Reichsoersicherungsordnung nicht freiwillig fortgesetzt, dann sind sie unter Umständen sogar die Anwartschaft, die sie früher dort erworben hatten, losgeworden, sodaß der Schaden ein doppelter ist.

So darf es nicht bleiben. Die Angestelltenversicherung muß verschwinden, sie muß der sonstigen Arbeiterversicherung angegliedert werden. Damit geht dann auch ganz von selbst der Wunsch der Arbeiter in Erfüllung, daß höhere Versicherungsklassen geschaffen und dadurch die Renten erhöht werden.

Neben diesen Reformen, die in der Vereinheitlichung der Versicherung und des von ihr erfaßten Personenkreises und paritätischer Selbstverwaltung gipfeln, ist natürlich auf Verwirklichung vieler Sonderwünsche zu dringen, von denen einige, z. B. die Einführung einer wirklichen Witwenversicherung, die Einbeziehung der Gewerbekrankheiten in den Bereich der Unfälle, schon genannt wurden. Andere nicht weniger wichtige gesellen sich hinzu: Die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre, die Dreiteilung der Beiträge auf Reich, Unternehmer und Versicherte und andere, deren Anführung zu weit führen würde.

Zu dem Ausbau würde auch gehören, daß verschiedene der Errungenschaften der Kriegszeit in die Friedenszeit hinüber gerettet würden. Hier haben wir die Wöchnerinnenunterstützung und die Arbeitslosenunterstützung im Auge. Die Wöchnerinnenunterstützung liegt so sehr auf dem Gebiete der Krankenversicherung, daß es ganz selbstverständlich ist, daß sie bei einer Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung eingegliedert wird.

Anders dürfte es bei der Arbeitslosenversicherung liegen. Diese wird sich, da sie auf ganz anderen Voraussetzungen beruht, mit den jetzigen Versicherungszweigen nicht verbinden lassen. Sie beruht auf einer besonderen Organisation, zumal die Gewerkschaften als Organe dieses Versicherungszweiges herangezogen werden müssen.

Die Friedensresolution in England.

Späte Skrupel.

Auch in England wird empfunden, daß die mächtig anschwellende Friedensbewegung nicht bagatellisiert und erst recht nicht mehr mit den Schlagworten der Gasse überschrien werden kann. Leider formt sich das Urteil des Ausländers über England und englische Volksströmungen fast nur nach den großen konservativen Zeitungen wie „Times" „Daily Mail", „Daily Telegraph", „Morning Post", die jenseits des Kanals eine ähnliche Stellung in der Bildung der öffentlichen Meinung einnehmen, wie hier „Berliner Tageblatt", „Vorwärts", „Frankfurter" und „Kölnische Zeitung".

Aber diese Organe des englischen Chauvinismus repräsentieren nicht das politische England und hatten durch drei Wahlperioden die Minderheit zu vertreten, während Gedankengänge und Argumente der Mehrheit dem nicht besonders interessierten Leser verborgen blieben oder entstellt überliefert wurden, da eben die liberalen Zeitungen in einem gewissen Sinn unter Ausschluß der ausländischen Oeffentlichkeit erscheinen.

Unter sotanen Umständen darf ein Zitat aus dem „Manchester Guardian" einiges Interesse finden:

Der Kanzler ist jetzt in der Lage, vor die deutsche Oeffentlichkeit zu treten und sie von seiner Sache vollkommen zu überzeugen. Ueber seine Anklagen, die sich auf Spionage über die geheimen Sitzungen der französischen Kammer gründen, werden sich die Franzosen ohne Zweifel selbst auseinanderzusetzen haben. Was uns betrifft, so wurde der Reichstagsbeschluß hier so behandelt, daß alle Vorteile, die uns aus ihm erwuchsen, vernichtet und sie dafür in die Hände der Deutschen gespielt wurden. Die deutsche Regierung, von dem Abfall Oesterreichs und von schwerem Zwiespalt im eigenen Volke bedroht, war genötigt, den Reichstagsbeschluß anzunehmen, der Annexionen verpönte und einen Verständigungsfrieden verlangte. Der Ministerpräsident (Lloyd George) sah über den Reichstag trotz seiner Wünsche, das demokratische Element zu stärken, hinweg, nannte die Erklärung des Reichskanzlers eine Schande und zeigte, daß er nichts dazu zu sagen hatte. Das Ergebnis ist nicht allein, daß Dr. Michaelis alle Deutschen um die Regierung scharen kann, sondern daß, was noch schlimmer ist, Oesterreich an Deutschland gekettet wird. Graf Czernin hat eine Erklärung mit fast denselben Ausdrücken wie Dr. Michaelis abgegeben und im besonderen den Ton darauf gelegt, daß für Zwecke der Verteidigung die Einheit der Mittelmächte vollkommen und ihr Entschluß unbeugsam sei. Das bedeutet, daß die Möglichkeit jetzt gesperrt ist, Oesterreich aus dem Spiel zu ziehen, was offenbar die diplomatische Methode des Krieges gewesen wäre, den Krieg mit einem entscheidenden Siege zu beenden.

Die Hoffnungen des „Manchester Guardian" auf einen Abfall Oesterreich-Ungarns haben nur Kuriositätswert. Was er aber über die Behandlung der Friedensresolution durch die Entente und über die Aufdeckung der französischen Raubpläne sagt, bestätigt die Worte Moutets: Wir haben eine Schlacht verloren! Moutet und „Manchester Guardian" würden der Wahrheit noch näher kommen, wenn sie sagten: Wir haben mehr als eine Schlacht verloren!

An anderer Stelle berichtete der Londoner Parlamentskorrespondent des „Manchester Guardian":

„Es ist sehr interessant und bezeichnend, daß überzeugte Freunde des Krieges und des Kriegskabinetts ihr Bedauern ausdrückten, daß die Minderheit zugunsten des Antrages von Ramsay Macdonald und Trevelyan, welcher den Reichstagsbeschluß über die Friedensbedingungen billigte, so gering gewesen ist. Man sagt, der Antrag hätte niemals zur Abstimmung kommen sollen. Die Kleinheit der Minderheit gäbe ein ganz falsches Bild von dem Gefühl des Hauses.

Mit anderen Worten: die Freunde der Regierung, zum mindesten die liberalen Freunde der Regierung, bedauern, daß der Eindruck entstanden ist, das Unterhaus habe bloß den Reichstagsbeschluß niedergestimmt."

Die Unterhausmitglieder sind wirklich schlecht beraten gewesen, als sie der Meinung der sonderbaren Brüder Hugo Haase und Lord Northcliffe folgten und die Friedensresolution des Reichstags mit einer überheblichen Geste abtaten.

Ein Wort zu Michaelis' Enthüllungen.

Der „Avanti" an die Regierungen der Entente.

Wie aus einem Leitartikel des „Avanti" vom 5. August hervorgeht, wurde die Enthüllung des Reichskanzlers Michaelis über den Geheimvertrag Poincarés mit dem Zaren, der Frankreich Gebietsansprüche auf das linke Rheinufer zusicherte, von der Zensur in den Ententeländern unterdrückt. Der „Avanti" schreibt, er wolle nicht im Hinblick auf das sogenannte Völkerrecht über den französischen Vertrag diskutieren, kraft dessen deutsche Volksstämme, deren deutsche Abstammung niemand bezweifeln kann, vom Mutterlande losgerissen werden sollten, um gegen ihren Willen einen sogenannten Pufferstaat zu bilden, und schließt wörtlich:

„Wir müssen feststellen, daß die Regierungen der Entente nicht nur in schriftlichen Verträgen, sondern auch in mündlichen Kundgebungen über die Kriegsziele der deutschen Regierung glänzende Beweise lieferten, um dem deutschen Volk zu zeigen, daß es für nichts anderes als die nationale Verteidigung kämpft."

Ribot in London.

London, 7. August. (Reutermeldung.) Ribot ist in London angekommen. Er hat mit den Mitgliedern des Kriegskabinetts verhandelt und wird heute der Konferenz der Alliierten beiwohnen.

*

„Journal du Peuple" wendet sich sehr scharf gegen Ribot, der weder Tatkraft noch Entschlußfähigkeit besitzt und die Sozialisten verraten habe, und fordert von Thomas, der bedauerlicherweise Minister bleibe, die Pässe für Stockholm, eine neue Militärpolitik, eine neue diplomatische Politik und völlige Preßfreiheit. Wenn Thomas in 14 Tagen diese Forderungen nicht durchgesetzt habe, so werde die völlige Trennung der Sozialisten von der Regierung erfolgen. Es gebe heute zu schwere Verantwortlichkeiten, die geradezu an Verrat grenzen.

In seinem Blatt richtet Clemenceau sehr scharfe Angriffe gegen Poincaré und das Ministerium Ribot. Clemenceau stellt fest, daß das Ministerium Ribot eigentlich bereits gestürzt sei und sich nur durch eine künstliche Auslegung des Abstimmungsergebnisses aufrecht erhalte. Clemenceau fordert Poincaré auf, Frankreich ein konstitutionelles Ministerium zu geben, es sei geradezu ein Verbrechen gegen den Staat, während der Parlamentsferien eine latente Ministerkrise bestehen zu lassen.

Der Nationalitätenkongreß in Kiew.

Der Kiewer Korrespondent des Lausanner Ukrainischen Bureaus telegraphiert: In einigen Tagen wird in Kiew der erste Nationalitätenkongreß Rußlands eröffnet, und zwar ist es die Zentralrada, welche diesen Kongreß in der ukrainischen Hauptstadt organisiert. An der Konferenz werden mehr als 20 Nationalitäten teilnehmen: Finnen, Esthen, Letten, Litauer, Weißrussen, Georgier, Juden, Tataren, Armenier, Kalmücken, Baschkiren, Sarten, Türken und mehrere andere kaukasische Bergvölker. Jede Nationalität hat das Recht, ungeachtet ihrer Bevölkerungszahl und politischen Bedeutung, sich durch zehn Delegierte auf der Konferenz vertreten zu lassen. Die Hauptfragen, die zur Sprache kommen werden, sind: 1. Die Organisation des zukünftigen russischen Föderativstaates. 2. Die Grenzen jeder autonomen Einheit und die Rechte der nationalen Minderheiten.

Ueber die separatistische Bewegung in der ukrainischen Armee telegraphiert der Stockholmer Korrespondent des Ukrainischen Bureaus: Die separatistische Bewegung in den ukrainischen Regimentern hält an. Die russische Presse, die soeben in Schweden eintrifft, berichtet eine große Menge Einzelheiten über diese Bewegung, die sich nicht auf die Ukraine allein beschränkt, sondern sich über das moskowitische Rußland, über Finnland, ja selbst über Sibirien ausdehnt.

Bessarabien fordert Autonomie.

„Petit Parisien" meldet aus Petersburg: Angesichts der bevorstehenden Konferenz zwischen der Vorläufigen Regierung und ukrainischen Abgeordneten hat das Komitee Bessarabiens die Vorläufige Regierung davon benachrichtigt, daß Bessarabien sich der Einverleibung in die Ukraine widersetze und die Autonomie verlange. In einer Militärkonferenz in Kiew unter Vorsitz Kerenskis wurde u. a. beschlossen, daß die Truppen sich töten lassen, nicht aber zurückgehen dürfen.

Gegen die Verleumdung Gorkis.

Stockholm, 7. August. (Eig. Drahtbericht d. „Vorwärts".) Der hiesige Vertreter von Gorkis Blatt, „Nowoja Schisn", Oeberg, legt in „Socialdemokraten" dar, daß die von Burzew ausgehende Beschuldigung, Gorki sei deutscher Agent, nichts als eine elende Verleumdung ist. Aus dem Briefwechsel zwischen Gorki und Burzew, den er zugleich veröffentlicht, geht hervor, daß Gorki Burzew wiederholt aufgefordert hat, die Beweise für seine Beschuldigung zu erbringen. Burzew hat darauf nichtssagend und ausweichend geantwortet.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 6. August. (Amtlich.) **Im nördlichen Sperrgebiet wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings**

22 000 Br.-Reg.-To.

versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein großer Passagierdampfer, allem Anschein nach der

englische Hilfskreuzer Otway von 12077 To.,

ferner ein großer schwerbeladener Frachtdampfer, der aus einer Sicherung herausgeschossen wurde.

In der letzten Zeit sind die Verluste der neutralen Handelsschiffahrt, die in früheren Monaten des uneingeschränkten U-Boot-Krieges etwa ein Fünftel der Gesamtverluste betrugen, erfreulicherweise hinter diesem Durchschnitt zurückgeblieben.

2. Unsere Flugzeuggeschwader an der Kurländischen Küste belegten in der letzten Woche militärische Fabrikanlagen bei Dünamünde sowie befestigte Hafenplätze an der Südküste der Insel mit Spreng- und Brandbomben. Gute Erfolge wurden beobachtet. Trotz starker Gegenwehr sind alle Flugzeuge ohne Verluste oder Beschädigungen zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Maaslouis, 7. August. Das freigelassene deutsche U-Boot 30 ist heute morgen in Begleitung zweier niederländischer Torpedoboote in See gegangen.

*

Bern, 6. August. Nach einer „Temps"-Meldung aus Rio de Janeiro hat die brasilianische Regierung über 16 Schiffseinheiten verfügt, um **Patrouillenfahrten im Südatlantischen Ozean** durchzuführen.

Die Kriegslage im Westen und Osten.

Berlin, 7. August. (W. T. B.) Die reichlich abgenützten Redensarten über die gewaltigen Kriegsmittel der Alliierten, den ungeheuren Munitionsaufwand, die glanzvolle Tätigkeit der Tanks und Flieger und die Tapferkeit der Infanterie, die sich in den englisch-französischen Funksprüchen häufen, sollen die Welt über den schweren Mißerfolg des flandrischen Angriffs hinwegtäuschen. Französische und englische Berichterstatter rühmen überschwänglich die Wirkung der Tanks, vergessen aber hinzuzufügen, daß 25 Panzerwagen der angreifenden Geschwader vernichtet wurden. Die üblichen Herabsetzungen der Kampfkraft und Moral der deutschen Truppen fehlen gleichfalls nicht. Wenn aber, wie der Funkspruch Lyon vom 6. August vormittags behauptet, unter Einwirkung des Feuers der Alliierten die deutsche Infanterie ihre Stellungen bereits am 18. Juli fluchtartig geräumt haben soll, so ist es doch verwunderlich, warum der, wie der Kriegsberichterstatter des „Berliner Tageblatts" mitteilt, bereits für den 19. Juli geplante große Angriff unterblieb und warum, als man sich am 31. Juli endlich zum Angriff entschloß, dieser auffallende Mißerfolg eintrat. Bei den angeblich abgeschlagenen deutschen Angriffen handelt es sich um die bekanntgegebenen Vorstöße deutscher Stoßtrupps ins Trichterfeld, die den Charakter rein örtlicher Unternehmungen und Erkundungen trugen.

Die Engländer verhielten sich auch am 6. August an der ganzen Angriffsfront ziemlich ruhig. Auch das Artilleriefeuer ging über die übliche Stärke nicht hinaus. Es wuchs zu größerer Heftigkeit lediglich südlich Dixmuiden und an der Küste, wo es planmäßigen Charakter annahm.

Im Artois war das Artilleriefeuer vorübergehend bei Loos, Lens, Mericourt und Drocourt heftiger. Mehrere Patrouillenunternehmungen wurden erfolgreich durchgeführt. An der Aisnefront holten am Morgen des 6. August Stoßtrupps ohne eigene Verluste nördlich der Besiy-Schlucht Gefangene und Maschinengewehre aus den französischen Gräben. Westlich Reims wurden den Franzosen abermals ein Teil ihrer Eroberungen aus der April-Offensive entrissen. Am Morgen des 6. August setzten wir uns hart südlich des Aisne-Kanals in einem Kilometer Breite in den feindlichen Gräben fest und hielten sie gegen mehrere Gegenstöße. Das hier erbeutete Material war erheblich. Beiderseits der Maas war am Nachmittage des 5. August die Artillerietätigkeit rege. Besonders auf der Höhe 304 und dem Toten Mann. In der Gegend von Esnes wurde im Handgranatenangriff eine stärkere französische Patrouille abgewiesen.

Im Osten haben sich die Russen zwischen Dnjestr und Pruth unter hartnäckigem Widerstand gestellt. In der Bukowina dauert der Vormarsch der Verbündeten beiderseits der Suczawa an. Starker russischer Widerstand wurde nördlich der Moldawa gebrochen und die Höhen nordöstlich Frasinul sowie die Höhe 668 nordöstlich Warna gestürmt. Am der Bistrica wurde Langeny besetzt und die Linie der Verbündeten bis Borea vorgeschoben.

Wien, 6. August. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: In der Bukowina versteift sich etwas der Widerstand des Gegners im Flachlande. Zwischen Dnjestr und Pruth trotzte der Russe unseren Angriffen. Im gebirgigen Teile des Buchenlandes hingegen gewinnen unsere heldenmütigen und unermüdlichen Truppen schrittweise Boden. Sie besetzten Radautz, Hadikfalva, Soika und Mardzina im Suczawatal vor den Toren der Stadt Sereth und sind etwa einen Tagemarsch von der Stadt Suczawa entfernt. Die Angriffe der Rumänen im Casinutale verlieren merklich an Kraft.

Französischer Heeresbericht vom 6. August nachmittags. In Belgien hat sich die Lage nicht verändert. Deutsche Angriffsversuche östlich der Meierei Massy, in der Gegend von La Bovelle, im Walde von Avocourt und im Elsaß scheiterten im Feuer. Das Artilleriefeuer ist in diesen verschiedenen Abschnitten zeitweise ziemlich lebhaft. An der übrigen Front war die Nacht ruhig. — Abends. Ziemlich bedeutende Tätigkeit der beiden Artillerien in der Champagne in der Gegend von Monts und auf beiden Ufern der Maas, besonders in den Abschnitten von Avocourt und Louvemont. Belgischer Bericht. Während der Nacht Tätigkeit der feindlichen Artillerie gegen unsere Verbindungswege. Geschützfeuer in der Gegend von Ramscapelle, bei dem Granaten mit erstickenden Gasen verwendet wurden. Kämpfe zwischen Patrouillen südlich von Dixmuiden. Im Laufe des Tages wurden einige Geschosse auf verschiedene Punkte der Front abgefeuert.

Englischer Heeresbericht vom 6. August nachmittags. Frühzeitig gestern abend griff der Feind wieder bei Hollebeke an. Er wurde aber zurückgetrieben, bevor er unsere Linien erreichte. Ein weiterer Angriff, der unter dem Schutz schweren Sperrfeuers gegen unsere Stellungen von Westhoek unternommen wurde, hatte ebenso wenig Erfolg. Nachts wurde ein deutscher Stoßtrupp östlich von Epehy abgewiesen. — Abends. Der Feind versuchte frühmorgens einen Angriff nördlich von Arleux zu machen. Die Truppen wurden durch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer vor unseren Linien aufgehalten und mit Verlust abgeschlagen. Wir schoben heute unsere Linie südwestlich und westlich von Lens leicht vor.

Russischer Heeresbericht vom 6. August. Westfront: Westlich von Brody schlugen wir unbedeutende Angriffe des Feindes ab. Nordöstlich von Czernowitz in der Gegend der Dörfer Toporcuce und Narancze ergriffen unsere vorgeschobenen Abteilungen die Offensive, erstürmten eine Reihe von Höhen und warfen den Feind auf die genannten Dörfer zurück. Eine Abteilung des Obersten Merkulow, die auf Toporcuce vorging, bemächtigte sich in glänzendem Angriff einer Batterie von 4 Geschützen und erbeutete Maschinengewehre. Darauf begann der Feind mit starken Verbänden die Offensive und zwang unsere Truppen, sich auf die Hauptstellung zurückzuziehen. Da es uns nicht möglich war, die erbeuteten Geschütze mitzunehmen, wurden sie unbrauchbar gemacht. Südlich von Czernowitz entfaltet der Feind vor allem in der Gegend des Sereth- und des Suczawa-Tals die Offensive, wo er unsere Truppen zurückdrängt. Die Dörfer Glyboka, Kamenka, Woltschinetz und Hadikfalva sowie die Stadt Radautz sind vom Feinde besetzt. Versuche, den Feind in seinem Vorgehen in der Gegend nordwestlich von Radautz aufzuhalten, hatten kein günstiges Ergebnis. — Rumänische Front: In der Richtung Kimpolung rückt der Feind weiter vor. Infolge der Unzuverlässigkeit mehrerer unserer Abteilungen wurden wir gezwungen, ein wenig nach Osten zurückzuweichen. Der Feind ging bei Brostcheni über das Ufer der Bistritz.

Kleine Kriegsnachrichten.

Generaloberst v. Löwes wurde, wie aus Czernowitz gemeldet wird, zum Feldmarschall ernannt.

Das amerikanische Kriegssteuergesetz. Der Finanzausschuß des Senats der Vereinigten Staaten hat über das Kriegssteuergesetz einen die Annahme empfehlenden Bericht erstattet. Das Gesetz schlägt die Aufbringung von 2 006 970 000 Dollar durch Besteuerung vor.

Die Ernennung des Zweiten Seelords. Aus London wird gemeldet: Die Admiralität berichtet, daß der König die Ernennung des Vizeadmirals Sir Roßlyn Womyß zum Zweiten Seelord als Nachfolger des Admirals Sir Cecil Burney, dem eine Spezialaufgabe übertragen worden ist, genehmigt.

Immer noch der Kronrat vom 5. Juli.

Eine Unterredung mit Herrn v. Stumm.

Haag, 7. August. Der Berliner Vertreter des Hollandsch Nieuws Büro hat folgendes Interview mit dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts v. Stumm gehabt:

Ich machte heute den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Herrn v. Stumm darauf aufmerksam, daß die „Times" seinen Namen in besondere Beziehung zu dem Kronrat bringt, in dem angeblich am 5. Juli 1914 das Ultimatum an Serbien festgelegt und **der Krieg gegen Rußland beschlossen** sein soll. Der Unterstaatssekretär sagte mir:

Nach meiner Rückkehr aus Wien, wohin ich den Reichskanzler begleitet hatte, ist mir die betreffende Meldung der „Times" vorgelegt worden. Ich habe darauf in meinem Tagebuch nachgesehen und festgestellt, daß ich **am 10. Juni 1914 Berlin mit Urlaub verlassen** habe und erst **am 12. Juli wieder in Berlin** eingetroffen bin. Schon dieses Detail zeigt, welcher Wert den phantasievollen Erzählungen des „Times"-Korrespondenten beizumessen ist.

Als vor einigen Wochen in dem Hauptausschuß des Reichstages der Abgeordnete Cohn mit den Behauptungen hervortrat, die anscheinend den Mitteilungen des Gewährsmannes der „Times" in erster Linie zugrunde liegen, habe ich dieselben sofort zurückgewiesen. Trotz des Dementis der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hält aber die „Times" an ihren Behauptungen fest und bestreitet die Richtigkeit der Erklärung, **daß die deutsche Regierung bei der Abfassung des österreichischen Ultimatums an Serbien nicht mitgewirkt habe.** Auf Grund meiner genauen Kenntnis der Vorgänge vor Ausbruch des Krieges bin ich in der Lage, das Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" in vollem Umfange zu bestätigen. Die deutsche Regierung hat von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß die Auseinandersetzung mit Serbien über die durch den Mord von Sarajewo geschaffene Lage ausschließlich die Sache Oesterreich-Ungarns sei. Hätte Rußland denselben Standpunkt eingenommen, so wäre es nicht zum Krieg gekommen. **Deutschland hat demgemäß auch nicht an die österreichisch-ungarische Regierung das Ansuchen gerichtet, an der Abfassung des Ultimatums an Serbien mit beteiligt zu werden und hat darauf keinen Einfluß irgendwelcher Art ausgeübt.** So steht es mit den Enthüllungen der „Times" über die Potsdamer Verschwörung und ihres früher in Berlin tätigen Korrespondenten. Das Blatt Lord Northcliffes bleibt sich selbst nur treu.

*

Das Mißtrauen und den Haß gegen Deutschland in der ganzen Welt zu schüren, war die Aufgabe, die sich schon in langen, den Krieg vorausgehenden Friedensjahren die „Times" und die ihr geistesverwandten englischen Organe gestellt hatten, die ich Ihnen nicht zu nennen brauche. Der gegenwärtige Weltkrieg ist nicht zum geringsten Teil das Werk Lord Northcliffes.

Auf meine Frage, ob dem Unterstaatssekretär bekannt sei, daß der Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamschen Courant" in einem erst kürzlich wieder abgedruckten Brief an seine Zeitung vom September 1914 ebenfalls den angeblichen Kronrat vom 5. Juli erwähnt habe, erwiderte Herr v. Stumm: Eine unrichtige Behauptung wird nicht dadurch zur Wahrheit, daß sie von vielen Seiten aufgestellt wird. —

*

Wir haben schon gesagt, daß die wiederholten Beteuerungen der deutschen Regierung vollen Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben können. Aber die Sache hat für uns doch noch eine andere Seite.

Daß ein Schriftstück von der weltgeschichtlichen Bedeutung des österreichischen Ultimatums erlassen wurde, ohne daß sich die Verbündeten zuvor über die Folgen, die es haben konnte, miteinander verständigt hatten, grenzt ans Unwahrscheinliche, und so kann man es verstehen, daß man zu dieser Mär im Ausland noch immer die Köpfe schüttelt, obwohl sie buchstäblich wahr ist. Diese Nibelungentreue mit schimmernder Wehr, aber mit verbundenen Augen gehört zu den Tatsachen, aber auch zu den Unbegreiflichkeiten der Vorgeschichte dieses Krieges, und sie muß zu recht weitgehenden Schlußfolgerungen Anlaß geben.

Oberstleutnant Michaelis.

Das „Militär-Wochenblatt" teilt mit, daß der Reichskanzler Dr. Michaelis als Oberstleutnant bei den Offizieren à la suite der Armee eingestellt wurde. — Ein Reichskanzler ohne militärischen Rang scheint gewissen Kreisen etwas ganz Unmögliches zu sein.

Konservative Entlastungsoffensive.

Das Organ des konservativen Landesvereins für das Königreich Sachsen, das „Vaterland", fordert in einem „Die Scheidung der Geister" überschriebenen Aufsatze die Aufkündigung des Burgfriedens. Es schreibt:

„Von Burgfrieden kann heute nicht mehr gesprochen werden. Selbsterhaltungspflicht der konservativen Partei ist es, zum Angriff überzugehen, denn er allein trägt die Bürgschaft der siegreichen Abwehr in sich. Es mag Anhängern einer Partei, die, wie die konservative, stets das Vaterland über die eigenen Wünsche gestellt hat und von dem Gefühl der Verpflichtung an Staat und Gemeinde zu opfern jederzeit durchdrungen war, blutsauer ankommen, angesichts des drohenden Feindes mit dem Begriff „Burgfrieden" zu brechen und auch ihrerseits sich wieder auf die politische Wahlstatt zu begeben. Die Verhältnisse lassen uns aber, wie gegen den äußeren Feind, keine Wahl, als die zwischen dem siegreichen Kampf gegen nach unseren Begriffen verhängnisvollen Geistesrichtungen und dem Untergang des konservativen Gedankens, der Autorität im Staate und mit ihnen des Staates überhaupt."

Man könnte eher als von einer Entlastungs- schon von einer Verzweiflungsoffensive reden. Denn die Tage der konservativen Partei sind gezählt, und der Staat, dem sie sich unentbehrlich dünkt, wird schon sehen müssen, wie er ohne sie fertig wird. Denn sie selber ist nichts ohne ihn, da sie sich nicht mehr auf seinen gesamten Apparat stützen kann, muß sie notwendig zusammenbrechen.

Massenkundgebung für Verständigungsfrieden und Demokratie.

Aus Essen wird uns mitgeteilt:

Am Sonntag, den 5. d. Mts., fand im großen städtischen Saalbau zu Essen eine Riesenversammlung statt, der mindestens 8000 Bergleute beiwohnten. Die Versammlung sollte Stellung nehmen zu: Kohlenförderung, Ernährungs- und Lohnfragen, gestaltete sich aber in ihrem Verlauf auch zu einer außerordentlich eindrucksvollen Kundgebung für Verständigungsfrieden und demokratische Reformen! Genosse Landtagsabgeordneter Otto Hue sprach als Referent. Er schilderte die natürlichen Erschwernisse der Kohlenförderung, betonte, daß die Bergleute alles daran setzen müssen, um nach Kräften den während der kälteren Jahreszeit höheren Kohlenbedarf zu fördern. Solle der Betrieb ohne vermeidbare Störungen vor sich gehen, dann müßten die Werksbesitzer sich nun endlich verstehen zu Verhandlungen mit den Arbeitergewerkschaften über eine allgemeine Regelung der häufig noch sehr erbitternden Arbeitsverhältnisse im Bergbau. Der großkapitalistische Herrenstandpunkt verschärfe die kleinste Differenz und erzeuge so auch häufig Störungen in der Kohlenförderung. Da die Hoffnung auf ein Herabgehen der Nahrungsmittelpreise während der Kriegsdauer aufgegeben werden müsse, der Verein der Ruhrgrubenbesitzer sogar eine Erhöhung der Preise befürwortet (!) habe, so ergebe sich daraus die Notwendigkeit einer erheblichen Lohnerhöhung, wenn die Leistungsfähigkeit der Bergleute nicht zusehends schwinden solle. Diese Ausführungen wurden von der Massenversammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen, der sich am höchsten steigerte, als der Redner das kapitalistische System, die Kriegsverlängerung durch die Annexionisten-Propaganda und den Widerstand der Reaktionäre gegen demokratische Reformen kennzeichnete.

Im Namen der Stadtverwaltung Essen gaben Herr Beigeordneter Rath, namens der Landkreisverwaltung der Landrat Dr. Brand längere Erklärungen ab über die unausgesetzten Bemühungen der unteren Verwaltungsbehörden, wenigstens einigermaßen Ordnung auf dem Lebensmittelmarkte zu schaffen. Beide Redner gestanden ein, daß sie der Gewinnsucht, der Hamsterei und des Schleichhandels nicht Herr zu werden vermochten. Die Gewinnsucht landwirtschaftlicher Erzeuger und Händler sei so groß, daß z. B. holländisches Gemüse trotz des schlechten Währungszustandes billiger sei als einheimisches und gewisse Lieferanten nur noch mit gesetzlicher Gewalt zur Einhaltung der mit der Stadtverwaltung abgeschlossenen Verträge zu bringen seien!

Die dann einsetzende Diskussion offenbarte eine Stimmung der Arbeitermassen, die denkbar schroff kontrastiert mit den alldeutschen „Behauptungen" über die ihnen angeblich günstige Volksstimmung. Der Bezirkssekretär des christlichen Gewerkvereins der Bergleute schloß sich vollständig den Ausführungen Hues an, unterstrich sie noch besonders durch eine wichtige, von der Riesenversammlung mit gewaltigem Beifall unterstützte Brandmarkung der Volksauswucherung und wies den Vorwurf zurück, die vorgekommenen Arbeitseinstellungen seien von den Bergleuten in frivoler vaterlandsfeindlicher Absicht unternommen.

Zum Schluß der Versammlung wurden einstimmig zwei Resolutionen angenommen, laut welchen die Bergarbeiter die Notwendigkeit einer möglichst steigernden Kohlenförderung „rückhaltlos" anerkennen, sich verpflichten, in diesem Sinne zu arbeiten, von dem Grubenbesitzer einen Hauerlohn von nicht unter 12,50 M., für die Schichtlöhne 25 Prozent Zulage, die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation fordern; von den Behörden wird bessere Belieferung von Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen und die Versorgung mit Kartoffeln (Einkellerung im Herbst) in Höhe von 10 Pfund pro Kopf und Woche verlangt. Die Bergarbeiterversammlung erklärte sich ferner einverstanden mit dem Beschluß der Reichstagsmehrheit für einen Verständigungsfrieden und fordert die Volksvertreter auf, ihre Forderung zum Wohle der Menschheit energisch zu verfolgen. Die Versammlung sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die von der Reichsregierung versprochenen demokratischen Reformen unserer Reichs- und Staatsverfassung nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden.

Die einstimmige Annahme dieser Resolution durch diese von vielen tausenden Bergwerksarbeitern besuchte Riesenversammlung ist eine Massenkundgebung von zweifellos großer Bedeutung. Daß diese Massenkundgebung für Verständigungsfrieden und Demokratie gerade in der „Kanonenstadt" Essen stattfand, von wo eine alldeutsche Zentrale die Welt eifrigst mit Kriegsfanfaren und sogenannten Volksprotesten gegen demokratische Reform versorgt, kann die Bedeutung der Massenkundgebung nur noch gewaltig erhöhen.

Beamtenschaft und Sozialdemokratie.

Wir haben gestern auf die grundsätzliche Bedeutung der Ernennung Dr. August Müllers zum Unterstaatssekretär hingewiesen und aus ihr die ganz selbstverständliche Schlußfolgerung gezogen, daß in Zukunft kein Beamter oder Angestellter wegen seines öffentlichen Bekenntnisses zur Sozialdemokratie gemaßregelt werden kann. Mit diesen unseren Ausführungen beschäftigt sich die konservative Presse sehr lebhaft. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt:

. . . Andererseits kann selbst der „Vorwärts" nicht verkennen, daß durch die Berufung Müllers ein Wandel in der Auffassung der maßgebenden Kreise hinsichtlich der Eignung der Sozialdemokraten zum Staatsdienste zutage getreten sei. Er sagt, es sei ein „Bruch mit der bisherigen Praxis". Man wird ihm darin zustimmen können; wie weit dieser Bruch, falls er grundsätzlichen Charakter haben sollte, sich auf die Dauer mit den Reichs- und Staatsinteressen vereinbaren läßt, wird die Zukunft lehren.

Aufgeregter zeigt sich die „Kreuz-Zeitung", sie zitiert aus dem „Vorwärts" den Satz: „Man wird keinen Beamten oder Angestellten des Reichs oder des Staates mehr daran hindern können, sich als Sozialdemokrat zu bekennen." Dann fährt sie fort:

Ist das wirklich Meinung und Absicht derer gewesen, die den Sozialdemokraten Müller zum Unterstaatssekretär vorgeschlagen haben? Keinen Beamten? Werden also beispielsweise auch Lehrer, seien es höhere oder Volksschullehrer, sich zur Sozialdemokratie bekennen können? Wie denkt der neue Kultusminister darüber? . . . Man sieht eben aus der Aeußerung des „Vorwärts", wie die Sozialdemokratie es versteht, Zugeständnisse des Augenblicks zu dauernden Erfolgen umzuwerten.

Wir halten eine Beantwortung der von der „Kreuz-Zeitung" gestellten Frage durch den Kultusminister oder auch durch einen anderen Minister — z. B. den Verkehrs-, den Justizminister — für ganz überflüssig. Wenn ein Sozialdemokrat Unterstaatssekretär werden kann, kann selbstverständlich auch ein Lehrer, ein Universitätsprofessor, ein Richter, ein Eisenbahnbeamter Sozialdemokrat werden und sich öffentlich als solcher bekennen. Das war vor dem Kriege in allen andern Staaten Europas so, von jetzt ab kann es auch in Deutschland nicht anders sein. Eine sehr abscheuliche „Eigenart" des preußisch-deutschen Systems kommt damit endlich in Fortfall.

Aenderung des Hilfsdienstgesetzes.

Wie der „Berl. Lokalanz." hört, sind die zuständigen Behörden zurzeit mit einer Umarbeitung einiger Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes auf Grund der bisher gemachten praktischen Erfahrungen beschäftigt. Auch sind mancherlei Ergänzungen des Gesetzes in Aussicht genommen, um die Lücken auszufüllen, die sich bei seiner Handhabung nach und nach herausgestellt haben.

Erhöhung der Postgebühren.

Die im Vorjahre durchgeführte Erhöhung der Postgebühren ist als eine Kriegsmaßnahme bezeichnet worden, wenn auch kein Mensch ernstlich daran glauben konnte, daß mit dem Ende des Krieges die Portozuschläge ohne weiteres wieder verschwinden würden. Trotzdem mutet es eigenartig an, daß eine neue, noch erheblichere Erhöhung der Postgebühren in Aussicht stehen soll. Die „Münchener Augsburger Abendzeitung" teilt diese Absicht mit und greift außerdem dabei den bisherigen Staatssekretär des Reichspostamtes, Kraetke, an, weil seine ganze Reichspostwirtschaft gegen Bayern gerichtet gewesen sei. Das Blatt kündigt eine Neuorganisation der Reichspost an Haupt und Gliedern an. Der neue Reichspostleiter habe unter den großen Aufgaben vornehmlich sozialpolitischer Natur auch die undankbare Aufgabe zu erfüllen, eine neue Vorlage zu neuerlicher Erhöhung der sämtlichen Postgebühren durchzubringen. Briefe, Postkarten, Telephon, Telegraph, Pakete und Zeitungsgebühren sollen um 30 bis 50 Proz. abermals teurer werden.

Die Reichspost hat bisher schon dem Reich ganz bedeutende Ueberschüsse geliefert. Durch die letzten Portoerhöhungen sind Handel und Verkehr bereits so schwer getroffen worden, daß kaum anzunehmen ist, daß der Reichstag einer weiteren Belastung zustimmen wird.

Letzte Nachrichten.

Eine letzte kategorische Note Argentiniens an Deutschland.

Basel, 7. August. Havas berichtet aus New York: **Wie ein Telegramm aus Buenos Aires meldet, hat die argentinische Regierung die mit dem deutschen Gesandten hinsichtlich des Toro geführten Verhandlungen abgebrochen, da sie zu keinem genügenden Ergebnis geführt haben. Die Regierung richtete eine kategorische letzte Note an die deutsche Regierung, in welcher innerhalb einer angemessenen Frist eine endgültige Antwort gefordert wird.**

Die Schwierigkeiten der polnischen Staatsbildung.

Warschau, 6. August. Kurjer Polski fragte den Direktor der politischen Abteilung beim Staatsrat, Grafen Rostworowski, ob der Staatsrat auf dem Posten zu bleiben gedenke und welchen Standpunkt der Staatsrat gegenüber der Opposition einnehme. Graf Rostworowski führte aus: Die Ungeduld der Gesellschaft ist verständlich, aber weshalb das ganze Odium auf die Rechnung der Vermittler gewälzt wird, ist schwer zu verstehen. Wir verbleiben auf unserem Posten, wir erfahren Widerwärtigkeiten von außen und innen, bloß weil wir uns von der Notwendigkeit der Erhaltung der Stetigkeit der Arbeit Rechenschaft geben. Man kann nicht in einem gewissen Entwicklungsmomente alles von sich werfen und den Nachfolger nötigen, den Weg von Anfang noch einmal zu machen. Solange als gegen unser Programm nur die Losung einer gänzlichen Leere zu hören ist, kann man sich auch den radikalsten Aufforderungen nicht beugen. Wir wünschen auszuharren, das heißt die schwierigste und unangenehmste Periode der polnischen Politik, die Periode der einleitenden Unterhandlungen auf unsere Schultern zu nehmen. Wir können nicht vorzeitig zurücktreten, um die unrechtmäßige Vertretung Polens denen zu erleichtern, welche den Mut hatten, Proteste gegen die Unabhängigkeit Polens zu unterschreiben, welche der sofortigen Realisierung des Staates entgegen waren und welche aus Bundesgenossen des früheren Rußland mit einem Male idealistische Verteidiger der umfassendsten und unbedingten nationalen Programme wurden. Auch die Angelegenheit des Heeres verbietet es dem Staatsrat abzutreten. Wir haben vertretungsweise die Rolle einer Regierung erfüllt und den Eid entgegengenommen, wir müssen daher das Heer der wirklichen Regierung überweisen.

Neue Kriegserklärungen.

Amsterdam, 7. August. Aus Paris wird gemeldet, daß die Republik Nigeria, die seit dem 10. Juli die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hatte, nunmehr an Deutschland den Krieg erklärt hat.

Havas berichtet aus Paris: Die Regierung der Republik Liberia erklärte Deutschland den Krieg. Die deutschen Untertanen wurden alsbald verhaftet und an Bord eines alliierten Kreuzers gebracht.

Gewerkschaftsbewegung

Zur landwirtschaftlichen Arbeiterfrage.

Im Reichstage wurde von dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Paasche folgende Anfrage gestellt:

„Die deutsche Arbeiterzentrale, Berlin SW 11, Hafenplatz 4, macht für das Jahr 1917 die Kriegsbedingungen für die Vermittlungen ausländischer landwirtschaftlicher Wanderarbeiter bekannt. Darin werden neben den in bar zu leistenden Mindestlöhnen für jede Person und jede Woche folgende Naturalien als lieferungspflichtig bezeichnet: 30 Pfund Kartoffeln, 7 Liter Magermilch oder 3½ Liter Vollmilch, ½ Pfund Mehl, 3 Pfund Brot, 2 Pfund Graupen oder Grieß oder Grütze oder 1 Pfund Hülsenfrüchte, ½ Pfund Fleisch, 1 Pfund Zucker, ½ Pfund Salz. Ist der Herr Reichskanzler bereit, mitzuteilen, wie es möglich ist angesichts der Tatsache, daß selbst die heimischen Schwerarbeiter nicht annähernd solche Mengen von Naturalien erhalten können mit solchen Anerbietungen ausländische Wanderarbeiter nach Deutschland hereinzuziehen, und ob die Möglichkeit besteht, diese Versprechungen zu erfüllen?"

Uns liegt es fern, dafür einzutreten, daß die Verpflegung der ausländischen Arbeiter verschlechtert wird. Wir wissen aber, daß für ausländische Arbeiter in vielen Fällen besser gesorgt wird als für inländische Landarbeiter, wenn auch obige Naturalverpflegung nicht gewährt wird.

Diese Angabe über die Verpflegung der ausländischen Arbeiter wird durch die „Deutsche Tageszeitung" vom 2. August 1917 bestätigt. In Löbau i. S. fand eine Versammlung von 26 Landwirten der Amtshauptmannschaft Löbau i. S. statt. Diese Landwirte wehren sich dagegen, daß sie die Deputate in Natura gewähren sollen, denn dies sei in der Zeit der Teuerung nicht möglich. Die Landwirte wehren sich aber auch dagegen, den gegenwärtigen Marktwert dieser Deputate in bar zu vergüten, weil dadurch eine versteckte und enorme Lohnerhöhung für die ausländischen Arbeiter bewilligt würden. Es sei nicht zweckmäßig, diese Leute allzusehr zu verwöhnen. Dann lassen die Landwirte die Furcht durchblicken, daß inländische Arbeiter dadurch mit Recht gleich hohen Lohn und Deputate fordern würden. Es erscheine deshalb vorsorglich, wenn man rechtzeitig an die Zukunft denke und Löhne und Deputate nicht höher schraube, als unbedingt nötig sei, um Arbeiter zu erhalten. Die polnischen Arbeiter hätten sich bisher schon mit 25 Pfund Kartoffeln ausreichend sättigen können, warum sollten sie nun 30 Pfund erhalten.

Es ist bekannt, daß die Landwirte, die bei jeder Gelegenheit ihren Patriotismus betonen, lieber ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene beschäftigen als einheimische Landarbeiter. Weil der einheimische Arbeiter durch die Wohnungsverhältnisse abhängiger ist, können die Landwirte den deutschen Landarbeiterfamilien eine derartige Behandlung bieten.

Sehr zu beachten ist aber, daß der Landeskulturrat für das Königreich Sachsen, der mit Staatszuschuß arbeitet und die höchste landwirtschaftliche Vertretung in Sachsen ist, gegenwärtig derartiges Deputat für die ausländischen Arbeiter festsetzt. Die Vergleiche mit der Ernährungsweise der städtischen Bevölkerung sind sehr naheliegend, es erübrigen sich darüber weitere Bemerkungen. Ein Beweis mehr dafür, wie wenig die landwirtschaftlichen Behörden die Kriegsverordnungen beachten.

Im „Vorwärts" vom 5. Juni 1917 wurde schon darauf hingewiesen, daß großer Arbeitermangel in der Landwirtschaft nicht in dem Maße besteht, wie es von den interessierten Kreisen immer behauptet wird. Die Behörden haben aber die Klagen der Landwirte über die Arbeiternot als feststehende Tatsache hingenommen und alles getan, um den Landwirten entgegenzukommen. Damals schon konnten wir im „Vorwärts" auf die Berichte der Arbeitsnachweise aus dem ganzen Reich hinweisen, aus denen sich ergibt, daß von dem großen Arbeitermangel in der Landwirtschaft keine Rede ist.

In dem Amtsblatt der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein bespricht Dr. Horst-Schleswig die Lage auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt in der Provinz Schleswig-Holstein im Jahre 1917. In diesem Organ der Landwirtschaftskammer wird also amtlich festgestellt, daß im allgemeinen das Vorhandensein eines nicht unterbringbaren Ueberschusses an landwirtschaftlichen Arbeitskräften zu bejahen sei. Diese Zurückhaltung erkläre sich daraus, daß den Landwirten andere Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die billiger sowie wertvoller und bequemer sind, als die zur Verfügung stehenden einheimischen Kräfte. Besonders treffe dies auf die Beschäftigung von Gefangenen zu. Den überwiesenen städtischen Hilfskräften ständen die Landwirte sehr abwartend gegenüber.

Wenn die Vertreter der Landwirte derartiges öffentlich zugeben, dann hat die konsumierende Bevölkerung vollständig recht, wenn sie die Berechtigung der höheren Preise für die landwirtschaftlichen Produkte bestreitet. Ihre Haltung wird durch diese Veröffentlichungen nur bestätigt.

Deutsches Reich.

Unternehmer und Arbeiter fordern Staatshilfe für eine Lohnregulierung.

In Niederschlesien haben die Bergleute soeben eine Lohnbewegung zum vorläufigen Abschluß gebracht, die in Deutschland nicht gerade alltäglich sein dürfte. Nach monatelangen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß haben sich die Werksleitungen endlich entschlossen, den Bergleuten (Hauern) einen Durchschnittsschichtlohn von 7 M. einschließlich der Familienteuerungszulagen zu garantieren. Obgleich im Ruhrrevier 10,50 M. Schichtlohn bezahlt wird, und selbst in Oberschlesien 9–10 M. Durchschnittslöhne in Frage kommen, die niederschlesischen Bergleute deshalb selbst außerordentlich häufig den Abkehrschein nach den besseren Revieren fordern und auch bekommen müssen, können die Gruben nicht mehr bezahlen, weil es die Rentabilität ihrer Werke angeblich nicht zuläßt. Sie haben den Arbeitervertrauensleuten rechnerische Aufschlüsse darüber gegeben, daß selbst die Preisaufschläge von 2 M. für die Tonne Kohlen nicht ausreichen, die Löhne annähernd so zu erhöhen, wie es von den Belegschaften mit einem Durchschnittsschichtlohn von 8 M. gefordert wurde. Allen Gruben sei eine weitere Gewinnsteigerung unmöglich, und eine Grube führte sogar den Nachweis, daß sie mit einer Unterbilanz von drei Millionen Mark zu arbeiten habe und mit dem Gedanken der Stillegung umgehe. Angesichts dieser Sachlage sind Arbeitervertreter und Grubenleitungen zu dem gemeinsamen Ergebnis gekommen, die durchaus berechtigten Lohnzulagen auf einem anderen Wege flüssig zu machen, nämlich auf dem der Staatshilfe. Die Staatsregierung soll auf dem schleunigsten Wege ersucht werden, entweder für niederschlesische Kohle weitgehende Frachtermäßigung zu bewilligen oder bare Zuschüsse zu leisten. Da Frachtermäßigung für niederschlesische Kohle bereits im Jahre 1913 bewilligt wurde, so ist diese Frage immerhin eine solche, deren Erledigung nicht besonders leicht sein dürfte. Zuschüsse in bar aber würden die direkte Kontrolle des Staates und die Verstaatlichung überhaupt nach sich ziehen. Dem letzten Problem stehen die Grubendirektoren und die Kuxenbesitzer allerdings noch ablehnend gegenüber. Entschieden befürwortend aber behandeln die Arbeiter diese Angelegenheit, und das drückten sie auch in einer Resolution aus, die am Sonntag in sechs Massenversammlungen aller Belegschaften angenommen wurde und in der zur Aufrechterhaltung der Existenz von über 30 000 Bergarbeiterfamilien das Eingreifen des Staates als letztes und einziges Mittel zur Abstellung der schlimmsten Not gefordert wurde.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuß für Groß-Berlin.

Der Arbeiter Sch. verlangte von der Firma H. F. E. in Lichtenberg den Abkehrschein, weil er dort als Transportarbeiter nur 90 Pf. die Stunde erhält. In der Sache wird festgestellt, daß Sch. vorher bei einem Fuhrherrn beschäftigt war, und zwar hat er aus einem Bahnwagen Kohlen ausgeladen. Die Kohlen waren für zwei größere Munitionsfabriken Berlins bestimmt. Diese Arbeit hatte er im Akkord gemacht und für den Zentner fünf Pfennige erhalten. Bei einer durchschnittlichen täglichen Leistung von 400 bis 600 Zentner hatte er früher demnach bedeutend mehr verdient, als jetzt. Er konnte aber die Tätigkeit nicht fortsetzen, weil der Einberufungsausschuß ihn veranlaßt hat, seine im Interesse des vaterländischen Hilfsdienstes so wichtige Tätigkeit aufzugeben und bei der Firma E. in Lichtenberg in Arbeit zu treten. Diese Art der Einberufung hat bei den Mitgliedern des Kriegsausschusses doch einiges Erstaunen erregt. Dem Arbeiter Sch. wurde ohne weiteres der Abkehrschein erteilt. Sch. will nun in sein früheres Arbeitsverhältnis zurücktreten.

Die Sache der 140 Revolverdreher der Firma F. St. in Treptow war bereits schon einmal vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt worden. Damals wurde von den Arbeitern Erhöhung der Akkordpreise verlangt, weil das Material jetzt bedeutend schlechter ist und die Arbeiter nicht zu ihrem Gelde kommen können. In dem letzten Termin am 13. Juli sagte die Firma zu, daß sie im Lohn und Akkord den Arbeitern 1,65 Mark für die Stunde garantiert. Diese Zusage soll die Firma nicht gehalten haben, und deshalb wurde erneut der Kriegsausschuß angerufen. Nach eingehender Verhandlung kam der Kriegsausschuß zu folgendem Schiedsspruch: Unter Aufhebung der letzten Entscheidung vom 13. Juli sollen die Akkorde für die in Frage kommenden Arbeiten um 10 Prozent erhöht werden. Wer selbst einrichtet, erhält dafür täglich 85 Pf. Entschädigung. Der Vertreter erklärte sich bereit, den Schiedsspruch anzunehmen. Gleichzeitig wurde von den Arbeitern gerügt, daß die Firma, trotzdem das Hilfsdienstgesetz bereits seit dem 5. Dezember 1916 in Kraft ist und eine große Anzahl von Arbeitern in dem Werk beschäftigt sind, noch keinen Arbeiterausschuß errichtet hat. Der Firma wurde deshalb aufgegeben, unverzüglich einen Arbeiterausschuß von den Arbeitern auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes wählen zu lassen.

Der Schlosser L. ist in der A. E. G. Oberschöneweide 10 Jahre lang beschäftigt und verlangt den Abkehrschein, weil die Firma zweimal in seiner Wohnung wegen vermuteten Diebstahls hat haussuchen lassen. Die Firma erklärt, daß sie einen begründeten Verdacht gehabt habe, daß L. Metall entwendet haben sollte. Weder durch die Haussuchung noch sonst ist dem Schlosser L. irgendetwas bewiesen worden, und da die Firma nicht bereit ist, den Abkehrschein freiwillig zu geben, beschließt der Kriegsausschuß den Abkehrschein zu erteilen, weil dem Schlosser L. nicht zugemutet werden könne, sich vielleicht noch einmal der Gefahr einer Haussuchung auszusetzen.

Der Arbeiterausschuß der Flugzeugfirma A. in Johannisthal ruft den Kriegsausschuß wegen einer im Betriebe entstandenen Differenz an. Die Arbeiter arbeiten in Schicht, und zwar von 3 bis 6 Uhr. Sie haben nur eine viertelstündige Pause, die von der Firma bezahlt wird. Sie fordern nun eine zweite Pause, um das von der Firma gelieferte Mittagessen auch einnehmen zu können. Die Firma ist dazu nicht bereit, wenigstens nicht ohne weiteres. So sehr sie auch die berechtigten Gründe der Arbeiter anerkennt, glaubt sie den Wünschen der Arbeiter nicht entsprechen zu können, weil in den für die Flugzeugbetriebe festgesetzten Verträgen ausdrücklich bestimmt ist, daß bei Schichtwechsel nur eine Pause von der Firma gewährt wird, die ja auch bezahlt wird. Der Kriegsausschuß ist nicht in der Lage, in der Sache eine Verständigung herbeizuführen, weil der abgeschlossene Vertrag den Wünschen der Arbeiter entgegensteht. Da jedoch in den nächsten Tagen neue Verhandlungen über den Tarifvertrag stattfinden, soll über diese Angelegenheit vorweg eine Entscheidung herbeigeführt werden. Mit dieser Regelung erklärten sich beide Teile einverstanden.

Zwei Dreher von der Kgl. G. in Spandau fordern den Abkehrschein, weil ihnen Abzüge gemacht worden sind. Es wird festgestellt, daß beide Dreher vor mehreren Monaten Arbeiten bekommen haben, bei denen sie ihren bisherigen durchschnittlichen Akkordverdienst nicht erzielen konnten. Ihre sofortige Reklamation hatte keinen Erfolg. Es wurde ihnen jedoch von dem Vorarbeiter bedeutet, sie hätten doch keine Ursache zur Beschwerde, denn sie würden nach wie vor ihr Geld weiter erhalten. Tatsache ist auch, daß sie immer ihren durchschnittlichen Verdienst von der Werksleitung erhalten haben. Jetzt, nach einigen Monaten, wird ihnen nun bei der Abrechnung der Abzug für die früheren Arbeiten gemacht. Durch diesen Abzug haben sie einen bedeutend geringeren Verdienst, wenn auch zugegeben werden muß, daß der Verdienst immerhin noch über 2 M. für die Stunde beträgt. Trotz alledem steht der Kriegsausschuß auf dem Standpunkt, daß die Dreher Anspruch auf das Geld haben, denn die Firma habe sich stillschweigend durch Fortzahlung des durchschnittlichen Akkordverdienstes damit einverstanden erklärt. Der Kriegsausschuß spricht außerdem sein Befremden aus, daß ein derartiges System in einem Betriebe besteht, daß Arbeiten, die längst fertiggestellt sind, einen Minderverdienst ergeben haben, dann aber erst nach einigen Monaten den Arbeitern in Abzug gebracht werden sollen.

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen.

In einer Kreiskonferenz des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis **Wanzleben**, die am Sonntag in Magdeburg stattfand, wurde eine Resolution angenommen, in welcher es u. a. heißt:

„Nach wie vor sind die Funktionäre der Ansicht, daß die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betriebene Kriegspolitik den Interessen der unteren Volksschichten entsprach. Die Funktionäre verpflichten sich daher, allen Anfeindungen, denen diese Politik ausgesetzt ist, mit Nachdruck entgegenzutreten. Vom Parteitag erwarten die Funktionäre, daß er alle Bestrebungen unterstützt, die darauf gerichtet und geeignet sind, die Einigung unter den heute getrennten Teilen der Arbeiterbewegung wieder herbeizuführen. Die verhängnisvollen Folgen, die eine weitere Fortdauer des Bruderkampfes in der deutschen Sozialdemokratie herbeiführen muß, würden sich auch bei uns im Kreise nicht abwenden lassen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß ein gemeinschaftliches Arbeiten der proletarischen Bevölkerungsklasse im Sinne der sozialdemokratischen Bestrebungen erst dann wieder mit vollem Erfolg betrieben werden kann, wenn den bestehenden Ausnahmezuständen ein Ende bereitet ist, fordern die sozialdemokratischen Vertrauensmänner des Kreises die Reichstagsfraktion auf, nicht zu erlahmen im Kampfe für die Demokratisierung des Reiches, für die Demokratisierung Preußens und für einen baldigen Frieden der Verständigung und Versöhnung der Völker."

Als Delegierter zum Parteitag wurde der Kreisvorsitzende, Genosse Koch, gewählt.

Da in der Generalversammlung am 8. Juli der „unabhängige" Kreisvorstand für den Wahlkreis **Reuß ä. L.** in Gemeinschaft mit den Zeulenrodaer „Unabhängigen" aus der Partei ausgetreten ist, machte sich eine Neuordnung der Parteigeschäfte für den Sozialdemokratischen Verein notwendig. Genosse Fischer hatte für Sonnabend, den 4. August, eine Versammlung einberufen, gegen die der „unabhängige" Vorstand in der „Reußischen Volkszeitung" mit dem schwersten Geschütz zu Felde zog. Aber es half den „unabhängigen" Parteizerstörern nichts. Die Versammlung war trotz aller Gegenagitation von einer ziemlichen Anzahl Genossen und Genossinnen besucht, und Genosse Fischer konnte konstatieren, daß sich schon gegen 50 Parteigenossen bei ihm gemeldet haben, die der Partei treu bleiben. Nachdem Genosse Leber seinen Vortrag über „Die Neuordnung der Parteigeschäfte" gehalten hatte, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Als erster Vorsitzender wurde gewählt Genosse Landtagsabgeordneter Oswald Fischer-Greiz, als Kassierer Franz Mühlmann-Greiz. Die erste Versammlung berechtigt zu den besten Hoffnungen. Jedenfalls wird die schon seit längerer Zeit eingeschlafene Parteibewegung nicht nur in Greiz, sondern im ganzen Fürstentum wieder neu aufleben.

So kämpfen sie!

Unter dem Belagerungszustand ist die Rede- und Versammlungsfreiheit merklich eingeschränkt. Die Unabhängigen scheuen aber nicht vor der Behauptung zurück, die Mehrheit lasse ihre Gegner nicht zum Wort kommen. Eine Stichprobe dieser großzügigen Kampfesweise gaben wir aus dem „Gothaer Generalanzeiger". Regelmäßig werden diese Manöver auf ihre Tauglichkeit probiert, wenn die Mehrheit in einer angeblichen Hochburg der Unabhängigen einen rednerischen Erfolg erzielt hat. So erst jetzt wieder die Erfurter „Tribüne":

„Ueber dieses Thema sprach der Reichstagsabgeordnete Magdeburgs (Landsberg) kürzlich in Erfurt, nachdem er in Halle nicht zu Worte gekommen war, weil ihn die dortigen Genossen nicht allein hören wollten und Redefreiheit keinem ihrer Redner — auch nicht dem Reichstagsabgeordneten Kunert — gewährt wurde. In Magdeburg veranstaltete man sogar eine sozialdemokratische Versammlung, in der wieder nur ganz allein Landsberg reden durfte! Was hat man über derartige Versammlungen mit einem aufgezwungenen Alleinredner früher gesagt?"

Prächtige Entrüstung! Nur wählt die famose „Tribüne" den besseren Teil der Tapferkeit, indem sie die Generalkommandos als die Schuldigen verschweigt. Niemandem ist das Verbot der freien Aussprache fataler, als den Vertretern der Mehrheit. So heißt es in einer Entgegnung der Magdeburger „Volksstimme" auf die Unterstellungen der Unabhängigen:

„Es waren in der großen Versammlung, die etwa 2500 Teilnehmer zählte, nur sehr wenig bekannte Unabhängige zu bemerken. Die Zwischenrufe zu dem Referat Landsbergs ließen ebenfalls erkennen, daß sich die Versammlung fast ausschließlich aus Mehrheitssozialisten zusammensetzte. Ein Anzeichen, daß die Unabhängigen rednerisch dem Referenten entgegentreten wollten, war auch nicht vorhanden. Der Vorsitzende gab das Verbot der Aussprache erst nach dem Referat bekannt und versäumte dabei nicht, die polizeiliche Maßnahme scharf zu kritisieren. Bis zu diesem Augenblick lag keine Wortmeldung von unabhängiger Seite vor. Es ist aber sonst üblich, daß sich Redner, die einem Referenten entgegentreten wollen, rechtzeitig melden, entweder zu Beginn der Versammlung oder doch mindestens im Verlauf des Vortrags. Und wenn solch große Aktion von den Unabhängigen geplant war, dann hätten ihre Wortführer wohl nicht mit der Meldung gewartet, bis der Vorsitzende zum Schlußwort ansetzte. Gemeldet hatte sich nur ein Anhänger der Mehrheit, der durch das Verbot am Reden gehindert wurde."

Die unsauberen Versuche der Unabhängigen, ihre an Zahl rapid wachsenden Niederlagen zu bemänteln, wären nicht der Druckerschwärze wert, wenn sie nicht gleichzeitig ein beschämendes Zeugnis dafür wären, daß diese Leute, vom kläglichsten Sektengeist beherrscht, weder einen klaren Begriff von einer großen Sache, noch ein echtes Gefühl für eine große Sache haben.

Wo ist der echte Radikalismus?

Das „Hallesche Volksblatt" bestätigt, daß sich links der Unabhängigen ganz Radikale auftun, weil die Haase-Ledebour gegen den Opportunismus nicht hieb- und stichfest seien:

„Eine neue linksradikal-sozialistische Partei ist demnach bestimmt zu erwarten. Das ist bedauerlich, denn die Zersplitterung in den Reihen derjenigen, die den Kampf um den Wiederaufbau einer auf grundsätzlichem Boden stehenden sozialistischen Partei führen, muß sie schwächen gegenüber den Regierungssozialisten, die ohnedies im Vorteil sind, da ihnen die mühsam aufgebauten proletarischen Organisationen und die aufgehäuften Mittel und obendrein die Protektion der Regierung und der bürgerlich-liberalen Schichten zur Verfügung stehen. Die neue Parteigründung ist aber auch überflüssig, denn es ist nicht wahr, daß die Unabhängige Partei irgendwelche Grundsätze preisgegeben habe und daß sie in Stockholm die „pazifistische Illusion des Verständigungsfriedens zur Plattform allen parlamentarischer Diplomatenkunst erhoben" habe. Die Gründer der kommenden linksradikalen Partei hätten diesen Satz nicht schreiben können, wenn sie das Stockholmer Manifest der unabhängigen Delegation gelesen hätten. Wir verweisen das Aktionskomitee der neuen Partei insbesondere auf die letzten Absätze, die von den Vorbedingungen sprechen, unter denen der Abschluß des Weltkrieges herbeigeführt werden kann. Sobald man objektiv die Tätigkeit der Unabhängigen Partei würdigt, müssen die Vorwürfe des Bremer Aktionskomitees glatt zu Boden fallen; damit fällt aber auch die Voraussetzung für die Notwendigkeit einer neuen Parteigründung."

Wie kräftig die linkesten Radikalen ins Zeug gehen, dafür eine kleine Probe. Ihr Organ, die Bremer „Arbeiterpolitik", höhnt über die Haltung der Unabhängigen während der letzten Verfassungskrise im Reiche:

„Und die Haasegten? Sie sind von den Vorgängen vollständig verdattert. Ihrem Zentralorgan, der „Leipziger Volkszeitung", war die ganze Sache zunächst nur ein „Sturm im Wasserglase". Zwei Tage später wurde sie zum „Eisgang des bureaukratischen Regierungssystems, dessen Schollen über- und durcheinandergeschoben, dem offenen Meere zutreiben". Zunächst eine vollkommene Unterschätzung der Vorgänge, wahrscheinlich weil die Konkurrenz beteiligt war. Dann wieder die Ueberschätzung, weil der Blick allein auf die parlamentarische Bühne gerichtet war. Von den treibenden Gewalten des „Eisganges" haben die Herren keine Ahnung. Es handelt sich hier um ein Manko des Willens wie des Intellekts. Sie wollen nicht handeln, deshalb versagt ihr Erkennen. Sie werden tun, was sie bisher taten: sich freihalten von dem, was nach der Parteitradition bloßstellen könnte — sie halten immer noch krampfhaft ihre Jungfernschaft hoch, nachdem sie schon längst niedergekommen sind."

Diese Sachdarstellung ist erschöpfend richtig. Von allen Kräften, welche zur Entwicklung der jüngsten Krise beigetragen haben, kann die der Unabhängigen am ehesten vernachlässigt werden; sie wurde niemals ernsthaft eingesetzt. Getreu dem Wahlspruch der Unabhängigen: Draußen stehen, nichts tun und schimpfen!

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Der Berliner Lloyd und die Schlesische Dampfer-Kompagnie haben jetzt ihre endgültige Verschmelzung vollzogen und firmieren „Schlesische Dampfer-Co. — Berliner Lloyd A.-G." Das Aktienkapital beträgt 7 Millionen Mark. Neu gewählt wurden in den Aufsichtsrat Bankdirektor Dr. Solmsen (Disconto-Gesellschaft), ferner Generaldirektor Ballin, Direktor Huldermann, beide von der Hamburg-Amerika-Linie, Bankier Paul Guttmann, Kommerzienrat Georg Manasse (Stettin), Kommerzienrat Franz Gribel (Stettin) und Bankier Martin Schiff.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Der neuen Kartoffelernte entgegen.

Von Otto Braun.

Neben dem Brot bildet die Kartoffel das Rückgrat unserer Volksernährung. Bereits im Frieden entfiel zirka 12 Proz. der menschlichen Nahrung auf die Kartoffel; im Kriege dürfte sich der Anteil noch erhöht haben. Das ist bei der vielgestaltigen Verwendbarkeit der Kartoffel nicht verwunderlich. Zudem steht Deutschland mit seiner Kartoffelerzeugung weitaus an der Spitze aller Landwirtschaft treibenden Länder.

Wir ernten nach den bisher geltenden Statistiken, deren Richtigkeit jetzt freilich stark angezweifelt wird, im Jahresdurchschnitt 900 bis 1000 Millionen Zentner Kartoffeln. Nur etwa ein Drittel dieser Menge wird für die direkte menschliche Ernährung gebraucht und gleichwohl leidet die Bevölkerung fortgesetzt unter bitterem Kartoffelmangel. Der Hinweis auf die vorjährige schlechte Ernte zur Erklärung dieser Erscheinung verfängt nicht. Denn einmal war die Ernte 1916 nicht ganz so schlecht, wie sie von den Interessenten immer hingestellt wird, und zudem hatten wir im Jahre vorher bei einer Rekordernte gleichfalls zeitweise dieselbe Kartoffelnot.

Nein, der Mensch hat im Konsum der Kartoffeln zu viel Konkurrenten, worunter das liebe Vieh der gefährlichste ist. Diese Konkurrenz hat sich in der Kriegszeit infolge der Unterbindung der Futtermitteleinfuhr noch verschärft. Und zudem reizen die hohen Fleischpreise, nicht zuletzt die im Schleichhandel erzielten Wucherpreise, im stärksten Maße dazu an, Kartoffeln mehr als bislang zu verfüttern.

Der erhöhte Kartoffelbedarf von Mensch und Vieh könnte vielleicht befriedigt werden, wenn es gelänge, die Erzeugung von Kartoffeln wesentlich zu steigern. Diese Steigerung durch Vermehrung der Anbaufläche zu erzielen, ist bedenklich, da das nur auf Kosten anderer für die menschliche Ernährung nicht minder wichtiger Feldfrüchte geschehen kann. Nun läßt sich ja wohl die Kartoffelerzeugung auch noch auf der bisher benutzten Anbaufläche wesentlich steigern, wie die in zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben und Versuchsgütern seit Jahren erzielten Ergebnisse beweisen.

So wurden auf nachstehenden preußischen Versuchsgütern in den letzten 10 Jahren im Jahresdurchschnitt folgenden Mengen vom Hektar geerntet.

	Mehrertrag gegen den Durchschnitt im Deutschen Reiche
Pentkowo 556 Zentner	+ 286 Zentner
Lauchstädt 520 Zentner	+ 250 Zentner
Mocheln 432 Zentner	+ 162 Zentner

Dabei ist zu beachten, daß die beiden ersteren Güter wohl besseren Boden, Mocheln aber nur Boden 5. bis 6. Klasse aufweisen soll und gleichwohl diese erheblichen Mehrernten erzielt hat.

Diese höheren Erträge können aber nur erzielt werden durch sorgfältige Bodenbearbeitung, ausreichende Düngung und Auswahl geeigneten Saatguts. Die beiden ersteren Bedingungen lassen sich jetzt bei dem Mangel an leistungsfähigen Zugtieren und geeigneten Arbeitskräften wie wegen der geringen Bereitstellung von Düngemitteln nicht im erforderlichen Umfange erfüllen. Anders die dritte Bedingung. Wie wichtig für das Ernteergebnis auch ihre Erfüllung ist, erhellt aus folgendem: Auf dem Versuchsgute Pentkowo wurden bei gleicher Düngung auf demselben Bodenschlage und in demselben Jahre folgende Erträge auf dem Hektar erzielt:

Mit Kartoffelsorte „Industrie" 800 Zentner Knollen,
Mit Kartoffelsorte „U Daber" 420 Zentner Knollen.

Also, die für den Boden zweifellos geeignetere Sorte ergab beinahe den doppelten Ertrag. Zur Erfüllung dieser, wie aus vorstehendem ersichtlich, nicht minder wichtigen Vorbedingung für die Steigerung der Kartoffelerzeugung ist von den mit der Regelung der Volksernährung betrauten behördlichen Stellen sicher nicht das geschehen, was selbst unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse geschehen konnte.

Da das preußische Landwirtschaftsministerium, in dessen Wirkungsgebiet über zwei Drittel der Kartoffelanbaufläche liegt, unter Schorlemer sich vorwiegend von dem bequemen Grundsatz leiten ließ, daß möglichst freie Preisgestaltung und möglichst geringe Beschränkung der Landwirte in der Verwendung der landwirtschaftlichen Produkte, die Erzeugung selbsttätig, dem Bedarf entsprechend regulieren würde, ist auch der Verkehr mit Saatkartoffeln mehr nach dem Gesichtspunkt der Erzielung hoher Preise, als der richtigen Sortenauswahl vor sich gegangen. Die Verkäufer von Saatgut, für das trotz zweifelhafter Qualität in diesem Frühjahr bis zu 18 M. für den Zentner gezahlt wurde, sind dabei auf ihre Rechnung gekommen. Ob auch die Kartoffelerzeugung, das wird der diesjährige Ernteertrag lehren.

Noch steht es sehr dahin, wie viel Kartoffeln wir in diesem Jahre ernten werden, und schon sind einflußreiche Kräfte am Werke, um für den im Hinblick auf unsere innerpolitischen Verhältnisse geradezu verbrecherischen Gedanken einer Erhöhung der vorjährigen Winterkartoffelpreise Stimmung zu machen.

Anläßlich der vorjährigen Höchstpreisfestsetzung für Winterkartoffeln schrieb der fortschrittliche Abgeordnete, Gutsbesitzer Dr. Wendorff im „Berliner Tageblatt":

„Der Großhandelspreis in Berlin betrug für Speisekartoffeln im letzten Friedensjahrzehnt 2,64 M. der Zentner, der Erzeugerpreis also nicht mehr als 1,90 M.; somit bedeutet der neue Höchstpreis von 4 M. für den Landwirt eine Erhöhung auf mehr als das Doppelte, welche in entsprechend gesteigerten Erzeugungskosten keine Begründung finden kann; ein Herstellerpreis von höchstens 3 M. würde die Wirtschaftsverteuerungen mehr als auszugleichen vermocht und auch der gegen 1915 zu erwartenden schwächeren Kartoffelernte reichlich entsprochen haben."

Das gilt auch für dieses Jahr, wo wir allem Anschein nach eine viel bessere Ernte als im vorigen Jahre zu erwarten haben.

Deshalb muß dringend verlangt werden, daß die Preise für Frühkartoffeln, die für die Verbraucher in diesem Jahre wieder erheblich höher als im Vorjahre sind, schleunigst abgebaut werden. Die Preise für Winterkartoffeln müssen mit Geltung von spätestens den 15. September festgesetzt werden und dürfen unter keinen Umständen höher als im Vorjahre sein. Die Geltung des Spätkartoffelpreises, spätestens ab Mitte September, ist an sich gerechtfertigt, da im September fast nur noch Spätkartoffeln gehandelt werden. Zudem ist sie geboten, um die Zufuhr der zur Winterversorgung erforderlichen Mengen nach den Bedarfsgemeinden früher in Bewegung zu setzen. Im vorigen Jahre weigerten sich die Gemeinden mit Recht vor dem 1. Oktober, zu den hohen Frühkartoffelpreisen ihren Winterbedarf einzufordern. Nach dem 1. Oktober stockte dann die Zufuhr infolge Mangels an Fuhrwerk.

Vor allem aber kommt es darauf an, daß in diesem, dem vierten Kriegserntejahr, nun endlich die ganze Ernte erfaßt und restlos der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellt wird. Unerläßliche Vorbedingung dafür ist die Bestandsaufnahme bei der Ernte auf dem Felde. Seit drei Jahren wird sie von sozialdemokratischer Seite gefordert, auch von der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts ist sie in Heft 2 ihrer „Beiträge zur Kriegswirtschaft" als notwendig bezeichnet worden. Es muß daher erwartet werden, daß sie in diesem Jahre endlich durchgeführt wird. Denn durch eine solche Bestandsaufnahme allein kann eine einigermaßen sichere Grundlage für die Verbrauchsregelung geschaffen werden. Alle Schätzungen in Mieten und sonstigen Aufbewahrungsräumen haben sich bisher als irreführend und die Verheimlichung begünstigend erwiesen.

Sodann muß alles daran gesetzt werden, um die als menschliche Nahrung erforderlichen Kartoffelmengen unbedingt sicherzustellen. Das kann nur dadurch geschehen, daß sie schnellstens den Erzeugern abgenommen und den Bedarfsgemeinden zugeführt werden. Diese sollten dann den Verbrauchern ihren Jahresbedarf sogleich liefern, die schon im eigenen Interesse für sorgsame Aufbewahrung Sorge tragen werden. Reserven können von den Gemeinden in Kellern und Mieten auch sachgemäß aufgehoben werden. Solange die Kartoffeln beim Erzeuger lagern, schweben sie in Gefahr, unberechtigt verfüttert oder im Schleichhandel verschoben zu werden. Das haben die Erfahrungen dreier Kriegsjahre zur Genüge bewiesen.

Es muß aber auch eine ausreichende Menge sichergestellt werden, um der Bevölkerung, deren Ernährung sich ohnehin andauernd verschlechtert, eine auskömmliche Ration zuteilen zu können. Auf den Kopf der Bevölkerung 10 Pfund pro Woche dürfte das mindeste sein, was zugemessen werden muß. Für die Schwerstarbeiter müßten noch darüber hinaus Zulagen bereitgestellt werden. Auch sollte man den Laubenkolonisten der Großstädte die oft mit vieler Mühe erzeugten geringen Kartoffelmengen ohne Anrechnung auf ihre Ration belassen. Die in Aussicht genommene Anrechnung mutet doch gar zu kleinlich an, muß den Leuten ihre Arbeit für die Zukunft vergällen und im Hinblick darauf, daß man sich auf dem Lande im Verbrauch noch so wenig Beschränkungen auferlegt, geradezu verbitternd wirken.

Die Hauptsache ist, daß der Kartoffelverbrauch so geregelt wird, daß die Volksmassen der Städte und Industriebezirke nicht wieder wochen-, ja monatelang ohne Kartoffeln bleiben oder mit 1 bis 2 Pfund die Woche abgespeist werden. Das wäre unerträglich und müßte die verhängnisvollsten Folgen zeitigen. Auch darf die Kohl- und Futterrübenära, die so viel berechtigte Erbitterung ausgelöst hat, nicht wieder aufleben.

Die Rüben dem Vieh, die Kartoffeln den Menschen!

Das muß der Grundsatz sein, der die Reichskartoffelstelle bei der Bewirtschaftung der Kartoffelernte 1917 leitet.

Groß-Berlin

Freiwillige der Friedensarbeit, vor!

Wenn nicht die Massen selbst für den Frieden eintreten, dann geht dieser Krieg überhaupt nie zu Ende. In dieser Erkenntnis wirkt die sozialdemokratische Partei daheim, und damit wirkt sie auch vorbildlich auf das Ausland. Wenn sich Berlin als das stärkste Zentrum der sozialistischen Friedensbewegung erweist, kann das auf die Dauer nicht ohne Rückwirkung bleiben auf London und Paris.

Berlin zum stärksten Zentrum der sozialistischen Friedensbewegung zu machen, das ist die große Aufgabe, deren Lösung den Ehrgeiz der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins reizen sollte. Notwendiger denn je ist eine starke sozialdemokratische Organisation!

Darum sei auch an dieser Stelle auf die

heutigen Veranstaltungen der Partei

hingewiesen, die wir unter der Rubrik „Groß-Berliner Parteinachrichten" ausführlich verzeichnen. In allen diesen Versammlungen und Zusammenkünften werden neue Mitglieder aufgenommen. Das heißt, jedes Parteimitglied kann einen Freund, einen Bekannten mitbringen, der seinen Beitritt zur Partei vollziehen will. Jeder, der diese Zeilen liest und noch nicht Mitglied der Partei ist, kann heute abend auch allein den Gang in eines der angegebenen Lokale unternehmen, um dort seinen Beitritt anzumelden. Die einzige Voraussetzung ist, daß er auf dem Boden der sozialdemokratischen Parteigrundsätze steht, zu denen bekanntlich nach unserer Auffassung auch die Pflicht der Landesverteidigung gehört.

Manchem scheint der Beitritt zur Partei ein gar zu schwieriges Unternehmen. Längst ist er innerlich überzeugter Sozialdemokrat, treuer Leser des „Vorwärts", aber sich ganz zur Sache der Sozialdemokratie bekennen, das möchte er nicht. Solche schwächliche Gesinnung hat in der jetzigen Zeit weniger Berechtigung denn je. „Das, was du bist, sei durch und durch, nicht halb ein Vogel, halb ein Lurch!" Nur wer Bekennermut und Solidaritätsgefühl zeigt, hat ein Recht auf Selbstachtung.

Diese Mahnung richtet sich nicht nur an die Männer, sondern auch an die Frauen, für deren Gleichberechtigung im Staat, in der Familie, in der Werkstatt die sozialdemokratische Partei seit je mit Entschiedenheit eintritt. Auch sie müssen die Stumpfheit und Gleichgültigkeit abschütteln, auch an sie ergeht der Ruf:

Hinein in die Partei!

Die Kartoffelernte der Selbstversorger.

In den Kreisen der Groß-Berliner Gartenbesitzer und Laubensiedler hat es Unzufriedenheit erregt, daß ihnen ein Teil der von ihnen selbst angebauten Kartoffeln auf die Kartoffelkarte angerechnet wird. Vor allen Dingen besteht vielfach Unklarheit über den Umfang dieser Anrechnung. Nach einer Vereinbarung der Groß-Berliner Gemeinden wird den Kartoffelerzeugern der Ertrag ihrer Ernte von Frühkartoffeln folgendermaßen angerechnet: Bis 200 Quadratmeter Anbaufläche wird den Selbstversorgern nur das von den Gemeinden empfangene Saatgut angerechnet, wobei als Höchstmenge 75 Pfund angenommen werden. Für die 200 Quadratmeter übersteigende Anbaufläche wird das Dreifache der 75 Pfund übersteigenden Saatmenge angerechnet. Die Anrechnung erfolgt für die Zeit vom 20. August bis zum 14. Oktober. Für die Anrechnung der Spätkartoffeln sollen noch besondere Bestimmungen ergehen.

Kaffee-Ersatz in Groß-Berlin.

In den Groß-Berliner Gemeinden sowie den Kreisen Teltow und Niederbarnim steht eine neue Verteilung von Kaffee-Ersatzmitteln bevor, welche auf Grund des Abschnitts 4 der Kaffee-Ersatzkarte erfolgen wird. Der Bestellabschnitt dieser Nummer wird vom 10. August an in allen Geschäften, die durch ein Plakat der „Verteilungsstelle der Deutschen Kaffee-Ersatz-Industrie E. V." kenntlich gemacht sind, abgegeben werden können. Die Abgabe des Bestellabschnitts muß spätestens bis zum 17. d. M. erfolgt sein. Die Ware selbst kann vom 1. September ab auf den Empfangsabschnitt Nr. 4 der Karte entgegengenommen werden.

Ausgabe der Zusatzbrotkarten.

Die Zusatzbrotkarten werden vom Montag ab nicht mehr durch die Brotkommissionen, sondern in den Arbeitsbetrieben selbst an die bezugsberechtigten Arbeiter ausgegeben. Mit diesem Zeitpunkt fällt die besondere Zulage für Schwerstarbeiter fort. Es ist, wie bereits früher bekannt gegeben worden ist, eine Einheitsportion in Höhe von 450 Gramm als Brotzulage festgesetzt worden. Diese erhalten in Zukunft alle krankenversicherungspflichtigen, gewerblich tätigen Personen mit Ausnahme der Bureau- und kaufmännischen Angestellten, der technischen Angestellten, der beim Arbeitgeber in Verpflegung befindlichen Bediensteten in Gast- und Speisewirtschaften und der Privatdienstboten.

Wozu „Pflegekinder" manchmal gut sind!

Eine Leserin unseres Blattes berichtet uns, was sie erlebte, als sie ihr Kind zu fremden Leuten in Pflege zu geben wünschte. Auf einem Spielplatz wollte sie Anknüpfung mit einer alten Frau suchen, von der sie wußte, daß sie zwei Kinder bei sich in Pflege hat. Dabei hörte sie folgendes Gespräch zwischen dieser Frau und einer anderen, bei der gleichfalls ein Kind in Pflege ist.

Frau A.: Sie haben es fein mit ihren zwei Kindern.

Frau B.: Ja! Ich will sie aber jetzt abgeben, sie sind mir schon zu groß und erzählen auch alles zu Hause. Ich nehme mir wieder kleinere Kinder.

Frau A.: Ich werde mir jetzt auch zwei Kinder nehmen, meinetwegen für zehn Mark monatlich. Denn das Geld ist doch Nebensache, die Hauptsache sind und bleiben doch die Karten. Milch und Haferflocken bekommen mir ganz fein, sonst wär' ich schon längst auf dem Kirchhof.

„Kann man da mit Ruhe die Kinder in Pflege geben?" fragt in ihrem Schreiben an uns die entsetzte Mutter, die eine Pflege für ihr Kind gesucht hatte. Wir hoffen, daß „Pflegemütter" dieser Art denn doch nur Ausnahmen sind.

Urlaubsreisen der Hilfsdienstpflichtigen. Hilfsdienstpflichtige haben bei Urlaubsreisen aus den besetzten Gebieten nach der Heimat Anspruch auf freie Eisenbahnfahrt in der dritten Wagenklasse. Die Kosten der Urlaubsreisen sollen auf die Reichskasse übernommen werden. Bei der deutschen Postverwaltung in Belgien haben die Hilfsdienstpflichtigen für die Hin- und Rückfahrt die Fahrgelder des öffentlichen Verkehrs zunächst auszulegen. Sie werden ihnen bei der Rückkehr erstattet. Die Ausführung der Reise ist am Zielort von der Gemeinde- oder Polizeibehörde durch Abstempelung des Urlaubscheines nachzuweisen. Sollte der Hilfsdienstpflichtige außerstande sein, die Eisenbahnfahrgelder aus eigenen Mitteln zu bestreiten, so kann ihm ein Vorschuß aus der Postkasse gewährt werden.

Die Ferienkinder in Siebenbürgen. Das kaiserlich deutsche Konsulat in Kronstadt (Ungarn) teilt dem Magistrat mit, daß die Berliner Kinder im gastlichen Siebenbürgen alle wohlauf sind. Es wird zur Vermeidung unnötiger Belastung des telegraphischen Verkehrs gebeten, von telegraphischen Einzelanfragen der Eltern abzusehen.

10 000 M. auf einem Postamt vergessen. Sehr teuer ist einem Wilmersdorfer Kaufmann seine Vergeßlichkeit zu stehen gekommen. Er hatte auf dem Postamt in der Uhlandstraße Geld eingezahlt und dabei seine Brieftasche, in der sich 10 000 M. in Geldscheinen befanden, auf das Schalterbrett gelegt. Als er sich eilig entfernte, vergaß er die Tasche an sich zu nehmen. Obwohl der Kaufmann den Verlust sehr bald bemerkte und schleunigst das Postamt aufsuchte, war die Tasche bereits verschwunden. Auf die Wiederbeschaffung des Geldes und der Brieftasche, die auch die Militärpapiere und einen Reisepaß enthielt, hat der Verlierer eine erhebliche Belohnung ausgesetzt.

Mit gefesselten Händen wurde ein Mann am Friedrich-Karl-Ufer aus der Spree gelandet. Das Publikum, das die Bergung der Leiche sah, glaubte an ein Verbrechen. Der Tote wurde festgestellt als ein 30 Jahre alter Kaufmann Rüger, der schwer krank war. Rüger ist in der Verzweiflung über sein Leiden, das ihm eine tiefe Gemütsverstimmung brachte, freiwillig ins Wasser gegangen, nachdem er alle seine Geldverhältnisse geregelt hatte. Er verließ am Freitag seine Wohnung und kehrte nicht wieder zurück. Die Fesseln hatte er selbst, wie deutlich zu erkennen und festzustellen war, aus seinem Taschentuch zurecht gemacht.

Aus der Selbstmordchronik. Eine 33 Jahre alte Näherin Emma St., die bei ihrem verheirateten Bruder in der Jablonskistraße wohnte und seit längerer Zeit nervenkrank war, hat sich mit Gas vergiftet. Gleichfalls mit Gas vergiftet hat sich eine 25 Jahre alte Arbeiterin Martha D. aus der Manteuffelstraße, nachdem sie vorher schon eine ätzende Flüssigkeit getrunken hatte.

Eisenbahnunglück auf der Brandenburgischen Städtebahn. Ein Eisenbahnunfall, bei dem eine Anzahl Personen verletzt wurden und der leicht viel schwerere Folgen hätte haben können, hat sich am Sonntag auf der Brandenburgischen Städtebahn in der Nähe von Rathenow ereignet. Gegen 3/4 7 Uhr abends entgleiste bei der Tahenower Ziegelei beim Passieren einer Weiche ein in der Mitte des aus Brandenburg a. H. kommenden Personenzuges befindlicher Wagen und riß einige folgende Wagen ebenfalls aus den Schienen. Die entgleisten Wagen wurden noch eine Strecke weit von der Lokomotive mitgerissen. Dann stürzten die beiden mittelsten Waggons um, während vier andere Wagen sich stark zur Seite legten. Auf die Meldung von dem Unfall eilten von der nahen Station Rathenow Beamte und Arbeiter an die Unfallstelle, die sich mit den zahlreichen im Zuge befindlichen Arbeitern sofort an die Rettungsarbeiten machten. Erst nach vielen Bemühungen gelang es, die in den umgestürzten Wagen befindlichen Personen zu befreien. Die Verletzten, etwa 12 bis 15, erhielten von dem inzwischen eingetroffenen Rathenower Aerzten erste Hilfe und Notverbände. Fünf der Verunglückten wurden mittelst Krankenwagens nach dem Rathenower Krankenhause geschafft. Vier davon konnten aber noch an demselben Tage nach Hause entlassen worden. Die Verletzungen haben sich durchweg als nicht besonders schwer herausgestellt. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht aufgeklärt. Der Unfall hätte zweifellos viel schlimmere Folgen gehabt, wenn er an einem Wochentage eingetreten wäre, wo der fragliche Zug immer sehr stark mit Arbeitern besetzt ist.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Lichtenberg. 500 000 Mark für Reichsbekleidung. In der letzten Sitzung des städtischen Nahrungsmittelausschusses berichtete der Vorsitzende, Stadtsyndikus Dr. Marezky, über das Angebot der Reichsbekleidungsstelle auf Lieferung von Kleidungsstücken, um dem dringendsten Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung zu decken. Es sollen Sonntags- und Werktagsanzüge für Männer, Jackenkleider,

Blusen und Kleiderröcke für Frauen, Hemden und Unterhosen für Männer und Frauen verteilt werden. Bei gleichmäßiger Verteilung würden auf Lichtenberg nach dem Verhältnis seiner Einwohnerzahl etwa 1600 Anzüge und ebenso viele Hosen usw. entfallen. Mit Rücksicht auf die Lichtenberger Industriebevölkerung sei es indessen dringend erwünscht, eine größere Lieferung in Anspruch zu nehmen. Der Ausschuß empfahl daher nach dem Vorschlag des Dezernenten, eine Bestellung auf Kleidungsstücke im Werte von 500 000 Mark aufzugeben.

Neukölln. Lebensmittel. Von morgen bis nächsten Mittwoch dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Neuanmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren (Grieß, Graupen usw.) erfolgt ist, auf Abschnitt 43 der Lebensmittelkarte zwei Suppenwürfel a 10 Pf. entnommen werden.

Spandau. Einführung von Holzkarten. Der Magistrat will der schlechten Versorgung mit Brennmaterial auch dadurch Rechnung tragen, daß er eine gleichmäßige Verteilung der ihm zur Verfügung stehenden größeren Holzmengen vornimmt. Es werden Holzkarten ausgegeben, auf die im kommenden Winter jeder Haushalt einen halben Raummeter Brennholz zum Preise von 20 M. erhält. Die vorhandenen Holzvorräte werden jedoch auf diese Lieferung angerechnet. Die Belieferung geschieht in der Weise, daß immer einzelne Straßen aufgerufen und häuserweise mit Holz versehen werden. Zunächst gibt es nur Klobenholz, später soll auch zerkleinertes Holz zu entsprechendem Preise geliefert werden. Daneben behalten natürlich auch die Kohlenkarten in vollem Umfange ihre Gültigkeit.

Cöpenick. Lebensmittel. Stadtseitig verteilte Lebensmittel gelangen von morgen ab in den Lebensmittelhandlungen zum Verkauf.

Kreis Niederbarnim. Ausfuhrverbot für Heu. Zur Sicherung des Heubedarfs der Heeresverwaltung hat der Kreisausschuß die Ausfuhr von Heu aus dem Gebiet des Kreises verboten. Das Verbot erstreckt sich nicht auf Lieferungen, die mit Genehmigung des Kreisausschusses, auf dessen Veranlassung oder durch die Vermittelung eines vom Kreise beauftragten Kommissionärs für die Heeresverpflegung erfolgen.

Pankow. Bürgermeisterwahl. Zum Gemeindevorsteher wurde in der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung der bisherige stellvertretende Amts- und Gemeindevorsteher, Stadtrat a. D. Stawitz einstimmig gewählt. Er steht im Alter von 42 Jahren und gehört dem Pankower Gemeindevorstand seit 1907 an.

Weißensee. Lebensmittel. In dieser Woche können außer den bereits angeholenen 375 Gramm Südfruchtmarmelade noch weitere 200 Gramm, insgesamt also 575 Gramm in den bekanntgegebenen Geschäften entnommen werden. Bei der Verabfolgung der vorerwähnten 200 Gramm ist der Abschnitt 67i der Kartoffelkarte abzutrennen.

Friedrichsfelde. Lebensmittel. Von heute ab erhält jeder Einwohner in dem Geschäft, in welchem er in die Zuckerkundenliste eingetragen ist, auf Abschnitt 84 der Lebensmittelkarte ½ Pfund Hafermehl zum Preise von 22 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 8. August, abends 8 Uhr,
Mitgliederversammlungen und Zusammenkünfte.

Berlin I.

Bei **Glaue**, Kommandantenstraße 88.

Berlin II.

1. und 2. Abteilung Westen bei **Schneider**, Winterfeldtstr. 8 (Ecke Frobenstraße).
3., 4., 7. und 8. Abteilung Friedrichstadt und Süden, Lindenstr. 3, 2. Hof links III..
5. und 6. Abteilung Südwesten bei **Habel**, Bergmannstr. 5/6.

Berlin III.

Im **Gewerkschaftshaus**, Engelufer 15.

Berlin IV.

Petersburger Viertel im Lokal von **Karl Kühne**, Schreinerstr. 58.
Landsberger Viertel im **Elysium**, Landsberger Allee 40.
Frankfurter Viertel bei **Boeker**, Weberstr. 17.
Stralauer Viertel bei **E. Naß**, Warschauer Str. 57.
Görlitzer und Cöpenicker Viertel bei **Fröhlich**, Muskauer Str. 1.

Berlin V.

In den **Unions-Festsälen**, Greifswalder Str. 222.

Berlin VI.

1. u. 2. Abt. bei **Dobrohlaw**, Swinemünder Straße 11.
3. u. 4. Abt. bei **Burg**, Prenzlauer Allee 189.
5. u. 7. Abt. im **Genossenschaftshaus**, Stargarder Str. 3.
6. Abt. bei **Goldschmidt**, Stolpische Str. 36.
8. Abt. bei **Hoffmann**, Swinemünder Straße 47.
9. Abt. bei **Obiglo**, Stralsunder Straße 11.
10. Abt. bei **Carus**, Voltastraße 37.
11. Abt. bei **Spiegel**, Ackerstraße 1.
12.u.15. Abt. bei **Renter**, Birkenstr. 29a.
13.u.14. Abt. bei **Kleinert**, Jagowstraße, Ecke Levetzowstraße.
16.u.17. Abt. bei **Sachse**, Lindower Straße 26.
18.u.19. Abt. im **„Schwedenzelt"**, Schweden- und Exerzierstr.-Ecke.
20. Abt. bei **Fuchs**, Weddingstraße 5.
21.u.22. Abt. bei **Lewandowski**, Seestraße 104.

Teltow-Beeskow.

Charlottenburg. **Volkshaus** (Kleiner Saal).
Cöpenick. Nächste Veranstaltung am Mittwoch, den 15. August. Weiteres durch Handzettel.
Marienfelde. Bei **Staffelt**, Berliner Str. 133.
Neukölln. In den folgenden Lokalen: 1. bis 4. Bezirk bei **Schulz**, Reuterstr. 47, Ecke Lenaustraße; 5. u. 6. Bezirk bei **H. Schittler**, Weichselstr. 5, Ecke Donaustraße; 7. bis 9. Bezirk bei **Rob. Iden**, Boddinstr. 58, Ecke Isarstraße; 10., 11. u. 12. Bezirk im **Turnerheim**, Böhmische Straße 13; 13. bis 17. Bezirk bei **Joh. Centkel**, Hermannstr. 178, Ecke Thomasstraße; 18. bis 20. Bezirk bei **Ed. Richnow**, Prinz-Handjery-Str. 69; 21. bis 24. Bezirk bei **Herm. Hentschel**, Herrfurthstr. 27.
Steglitz. Bei **Clément**, Düppelstr. 7.
Tempelhof. Bei **Fritz Müller**, Berliner Straße 97.
Treptow-Baumschulenweg. Der Zahlabend fällt aus.

Niederbarnim.

Lichtenberg. Im **„Prälaten"**, Ecke Eitel- und Sophienstraße in Neulichtenberg.
Oberschöneweide. Im Restaurant **Ladewig**, Laufener Str. 5.
Niederschönhausen, Pankow, Buchholz. Bei **Settekorn**, Lindenstr. 1 (am Bismarckplatz).
Reinickendorf-Ost. Bei **Dölchner**, Residenzstr. 50.
Reinickendorf-West. Bei **Schiller**, Antonienstr. 10.
Weißensee. Bei **Staerke**, Charlottenburger Str. 3.

*

In allen Versammlungen und Zusammenkünften werden Beiträge kassiert und neue Mitglieder aufgenommen. Alle auf dem Boden der Mehrheit stehenden Anhänger sind eingeladen.

*

Anmeldungen zur Jugendweihe werden in den Versammlungen entgegengenommen.

Die Anmeldung zur Jugendweihe kann außerdem geschehen in den „Vorwärts"-Speditionen und bei folgenden Genossen: **Glaue**, Kommandantenstr. 88 (am Dönhoffsplatz). **Schröder**, Hagelberger Straße 54. **Dittmer**, Grimmstr. 13. **Radtke**, Neue Jakobstr. 1. **Schwanberg**, Raugarder Str. 3. Frau **Wollstein**, Lietzmannstr. 5. **Otto Lück**, Föhrer Str. 9, Hof II. **Bezirkssekretariat**, Lindenstr. 3, Hof 3 Tr.

Die Kreisvorstände.

Soziales.

Finanzielle Hilfsquellen für die Kinderfürsorge.

Das preußische Ministerium des Innern hat unter Aktenzeichen IVa 822 und das sächsische Ministerium des Innern unter Aktenzeichen 526 II Nd mitgeteilt, es sei der Auffassung, daß Ausgaben, die die Gemeinden für notwendige Aufgaben der Fürsorge für Kinder arbeitender Mütter machen, als solche der Kriegswohlfahrtspflege angesehen werden, falls die Mehrzahl der Mütter dem Stande der Kriegerfrauen angehöre. Danach haben wie in Preußen so auch in Sachsen die Gemeinden Anspruch auf Wiedererstattung eines erheblichen Teiles der Aufwendungen, die sie für die Kinderfürsorge machen, insbesondere also für Aufwendungen für Krippen, Kindergärten, Horte, Mütterberatungsstellen, Auskunftsstellen für Kinderversorgung usw. aus Staatsmitteln.

Nach § 1274 der Reichsversicherungsordnung sind die Landesversicherungsanstalten in der Lage, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde aus ihren Ueberschüssen Mittel für solche Zwecke zur Verfügung zu stellen, die der Hebung der Gesundheit der versicherungspflichtigen Bevölkerungsklassen zugute kommen. Auf Grund dieser Bestimmung hat die Landesversicherungsanstalt Berlin kürzlich dem Groß-Berliner Kriegsausschuß zum Schutze aufsichtsloser Kinder den Betrag von 50 000 M. für den Ausbau der Kinderfürsorge-Einrichtungen überwiesen. Es dürfte nicht aussichtslos sein, auch in anderen Landesteilen Mittel für Zwecke der Kinderfürsorge von den Landesversicherungsanstalten zu beantragen. Zu beachten ist, daß nach § 363 der Reichsversicherungsordnung auch die Krankenkassen in der Lage sind, Mittel für allgemeine Zwecke der Gesundheitsfürsorge zu bewilligen.

Von dem Gedanken ausgehend, daß in Abwesenheit ihrer Mutter ohne Aufsicht spielende Kinder namentlich auf dem Lande leicht Feuersgefahr verursachen können, hat die Schlesische Provinzial-Feuersozietät den Betrag von 200 000 M. für Kleinkinderfürsorge bereit gestellt. Aus dieser Summe werden auf Antrag Beihilfen zur ersten Einrichtung oder auch zur Verwaltung von Kindergärten, Krippen und Kinderschwesterstationen bewilligt. Die Beihilfen richten sich nach der Zahl der Kinder, die in der betreffenden Anstalt versorgt werden sollen. Sie werden auf ein Jahr bewilligt und können nach Ablauf desselben unter Vorlage eines Jahresberichts neu beantragt werden. Die Schlesische Provinzial-Feuersozietät ist damit anderen Sozietäten gefolgt, die schon seit Jahren zum Teil erhebliche Mittel für derartige Wohlfahrtszwecke zur Verfügung stellten.

Wohnungsnot in Graudenz.

Das stellvertretende Generalkommando hat für Graudenz ein allgemeines Umzugsverbot erlassen. Bis jetzt liegen über 100 Wohnungskündigungen für den 1. Oktober vor.

Vorgehen der Schweizerischen Regierung gegen Mietsteigerungen.

Auch in der Schweiz ist es nunmehr zu einem Vorgehen gegen Mietsteigerungen durch Hausbesitzer gekommen.

Die Kantonsregierungen sind ermächtigt worden, bei Mietsteigerungen auf Ersuchen des Mieters einzuschreiten, und die Kündigung oder Mietpreiserhöhung für ungültig zu erklären, wenn sie nach den Umständen des Falles ungerechtfertigt erscheinen. Ist die Mietsteigerung begründet, die Lage des davon Betroffenen aber so ungünstig, daß er dadurch schwer getroffen wird, so sollen ihm die Gemeinde und der Kanton Mietzuschüsse gewähren. Auch gegen ungerechtfertigte Kündigung ohne Mietsteigerung steht den Kantonen und den Gemeinden ein Einspruchsrecht zu.

Gerichtszeitung.

„Wohltätigkeit" als Reklamemittel.

Der Inhaber der „Szydlowskischen Blindenwerkstätte" in Schöneberg hatte sich eine nicht einwandsfreie Methode ausgesonnen, um die bei ihm fabrizierten Bürsten in den Verkehr zu bringen. Er versandte an zahlreiche Personen Reklamezettel, die unter der Ueberschrift „Höfliche Bitte" etwa folgendes besagten: Es existieren in Berlin die Szydlowskischen Blindenwerkstätten, in welchen Unglückliche ihr tägliches Brot durch Anfertigung von Bürstenwaren verdienen. Wir sind gezwungen, unsere Ware durch den Hausierhandel zu verkaufen. In den nächsten Tagen wird sich ein mit einer Armbinde bezeichnetre Herr oder Dame gestatten, vorzusprechen, und richten wir an die geehrten Herrschaften die ergebene Bitte, unsere Reisenden nicht, ohne etwas zu kaufen, wegzuschicken, da sie uns mit jeder Kleinigkeit helfend unterstützen. — Der Amtsanwalt sah dies als einen Verstoß gegen die Verordnung an, wonach öffentliche Wohltätigkeitsunternehmungen der Genehmigung der Behörden bedürfen. Da nach seiner Ansicht die meisten der von dem Angeklagten vertriebenen Bürsten nicht von Blinden hergestellt sein dürften, beantragte er einen Monat Gefängnis. Rechtsanw. Dr. Coßmann beantragte die Freisprechung, da die Verordnung hier gar nicht Platz greifen könne, weil es sich gar nicht um ein öffentliches Wohlfahrtsunternehmen handle, sondern um private Bemühungen des Angeklagten, die tatsächlich von Blinden hergestellten Bürsten zu billigeren Preisen abzusetzen, als sie anderswo zu haben seien. — Der Gerichtshof teilte jedoch die Ansicht des Amtsanwalts und verurteilte den Angeklagten zu 14 Tagen Gefängnis.

Die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit sendet Euch liebe Eltern 1185
Karl Kitte und Frau
Winsstr. 54
fern von der Heimat Euer dankbarer Sohn **Walter**, zurzeit im Felde.

Ihren Freunden und Genossen 1193
Frida u. Karl Kitte
Winsstr. 54
bringen zur heutigen **Silberhochzeit** die herzlichsten Glückwünsche dar
Die Vorstandsmitglieder des Soz. Vereins für Berlin V.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Bezirksverwalt. Groß-Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter
Franz Kruttke
am 5. August im Alter von 51 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 9. August, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Tabor-Kirchhofes in Ahrensfelde aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Haar- u. Velourhüte
Vorverkauf Stück 28 M.
Lindeku, Rosenthalerstr. 36.
II. Geschäft: W. Bayerischer Platz 7, Ecke Grunewaldstr. 56. *

! Hautjucken
(Krätze) wirksames **Spezialmittel**
6 M. Dopp. Portionen (2 Pers.) 10 M.
Apoth. Lauenstein's Vers. Spremberg L. 44

Kranken- und Begräbniskasse der Seifensieder zu Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß uns die Mitglieder
Otto Raschke
im Felde
Karl Munder
Karl Bensch
in der Heimat
durch den Tod entrissen sind. 293/13
Ehre ihrem Andenken!
J. A.: **Karl Geisler**, Kassierer.

Wie ein Wunder
beseitigt [18082*
San.-Rat Dr. Strahls **Haussalbe**
jed. Hautausschlag, Flechten, **Hautjucken, bes. Beinschäden, Krampfadern** der Frauen u. dergl.
Zusendg. erfolgt per Nachnahme in Dosen a 2,20, 3,85, 6,60.
Elefanten-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 74 (am Dönhoffplatz).

25 Jahre lang
treue Kunden und tausende Anerkennungen höchster Zufriedenheit sind das beste Zeugnis für meine garantiert unschädliche
Alcolor-Haarfarbe
echt und natürlich färbend. In allen Farbtönen erhältlich. — Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Tätowierung
entfernt abends 5—8 [1078
C. Weißert, Gerichtstr. 74, 2 Tr.

Aerztl. geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt f. ambulator. Behandlung
(Die wissenschaftl. anerkannte u. bewährte „**Künstl. Höhensonnen**"-Behandlung.)
Modernes, erprobtes Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- u. Licht-Therapie, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuterbäder, Sauerstoffkuren, homöopathische Behandlung, Pflanzensaftkuren. — Nachweisbar **gute Heilerfolge** bei sämtlichen **Krankheiten**, inneren und äußeren (speziell chronischen Leiden), z. B. **Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren-** und **Blasenleiden, Nervenschwächen, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Abspannung; Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Flechten, Wunden, Lähmungen, sowie Kinderlähmung; Stoffwechsel-Krankheiten, Zuckerkrankheit** usw. — Wegen Raummangel seien **nur einige Fälle** mitgeteilt: Herr **A. Hellwig, Borsigwalde** b. Berlin, Ernststr. 25. Von **Magengeschwulst, Verstopfung u. Nervenschwäche** in 6 Wochen geheilt. Sollte operiert werden. — Herr **K. Wilthaus**, Berlin, Blumenthalstr. 3. Von **Geschwulst und Abszeß an alter Operationsnarbe** mit 15 Behandlungen geheilt. — Frl. **M. Muschick**, Bln.-Schöneberg, Sedanstraße 17 II bei Friebick. Von **Geschwulst u. Nervenschwäche** in 4 Wochen geheilt. Vorher dringend zur Operation geraten. — Herr **A. Schlabitz**, Berlin, Caprivistr. 24. Von **Gesichtslupus** in 1 Monat vollständig geheilt. Vorher 6 Wochen mit Radium in einer Berliner Klinik ohne Erfolg behandelt. — Frau **E. Popp**, Lichtenberg, Gärtnerstr. 10. Von **chron. Frauenleiden, Herzschwäche und Verstopfung** geheilt. — **Sohn des Gärtners H. König**, Pankow. In 6 Wochen von veralteter **Beinlähmung** geheilt. Vorher anderweitig jeder Erfolg abgesprochen. — Von **Nervenschwäche** in vier Wochen geheilt. Erklärt sich selbst für ganz gesund. — Herr Milchhändler **Eckert**, Berlin, Greifenhagener Str. 26. Von **gichtisch-rheumat. Schmerzen** in Bein u. Fußgelenk geheilt. Sehr zufrieden. — Herr **A. Brose**, Berlin-Mariendorf, Streliger Str. 11. Von **chronischer Rückenmarkentzündung** und **Lähmung** geheilt. Vorher für unheilbar erklärt. — Herr **R. Zöllner**, Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 117. Von **Lungenbluten** und **Katarrh** geheilt. — Frau **J. Herold**, Berlin, Ramlerstr. 23. Von **Bronchialkatarrh** geheilt. — Zwei Kinder des Kohlenhändlers Herrn **Linke**, Berlin, Streliger Straße 6. Vor 9 Jahren von **Lungenleiden** geheilt, heute noch gesund. — Herr **G. Köppe**, Bln.-Rummelsburg, Alt-Boxhagen 8. Von **doppelseitigem Lungenspitzenkatarrh** geheilt. — Herr **O. Neumann**, Lichtenberg, Blumenthalstr. 13. Von **Neurasthenie** und **nervöser Magenschwäche** geheilt. — Frau **E. Grosse**, Berlin, Zwinglistr. 26. Von **Leberleiden** geheilt. — Frau Restaurateur **Hering**, Berlin, Schönhauser Allee 87. Von **Basedowscher Krankheit** geheilt. — Herr **Erich Bock**, Berlin, Stendaler Str. 17, IV. Von **Nieren- u. Blasenleiden, Wassersucht**, allgemeiner großer Schwäche geheilt. Vorher im Krankenhause erfolglos behandelt. Jetzt Fliegersoldat.
Getrennte Behandlungsräume für Damen und Herren!
Sprech- und Behandlungszeit 9—1, 4—7½ Uhr.
Sonntags und Feiertags 9—1 Uhr.
Berlin SO 16, Brückenstraße 10b (am Bahnhof Jannowitzbrücke).

Spezial-Angebot unseres
Schmierwaschmittels „Germania"
vorzügl. Qualität, außerordentlich sparsam im Gebrauch. Lieferbar in Waggonladungen. — Probekübel von 36—60 kg zum **Konsumentenpreis.** (Gegen Nachnahme **pro Pfund 60 Pf.** festgesetzt.)
Vertreter unter günstigen Bedingungen gesucht.
„Germania"
Fabrik kosmetischer und technischer Präparate
Berlin W 57, Bülowstr. 66. — Tel. Lützow 8249.

Gegen Feuer-, Blitz- und Explosions-Schäden
222,6*
bietet sofortige Deckung zu billigsten Prämien und günstigsten Bedingungen
Heinrich Fraenkel, Versicherungsbureau, Berlin SW 68, Charlottenstr. 82. Anruf: Zentrum 109 31, 32, 33.
Vermittler erhalten angemessene Provision.

Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk
Goldkronen, Brücken, Plomben, Zahnziehen m. Betäubung, Umarbeitung, Reparaturen sofort. Billige Preise, auch Teilzahlung.
Zahn-Praxis **M. Löser, nur Brunnenstr. 185,**
nahe Invalidenstr. Persönl. z. sprech. 10-7. Sonnt. 10-12. Nord. 11568

Nerven- und Stoffwechselleiden
insbesondere Nervenschwäche, Aderverkalkung, Gicht und Rheumatismus, Zuckerkrankheit, Magen- und Darmleiden, Herz-, Leber- und Nierenkrankheiten, Blutarmut, Frauenleiden, Schwächezustände, Hautleiden werden mit vorzüglichem Erfolge nach besonderem Verfahren **ohne jede Berufsstörung** behandelt.
Kurze Kurdauer.
Kombin. Sauerstoffkuren. — Künstl. Höhensonne.
Sprechstunden 9—10½, 3—4½, Sonntag 10—11.
Ausführliche Prospekte kostenfrei.
Sanitätsrat Dr. Weise's Ambulatorium, Berlin 117, Wilhelmstr. 94-96.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten
bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall
geschulte Kräfte gesucht
sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke **„Syst. Karnack-Hachfeld".** 80 S. starke Broschüre kostenlos.
Bonness & Hachfeld, Potsdam.
Postfach 167

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendungen sofort.
Amt Zentrum 7890.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet

Haben Sie **Fußbeschwerden?**
empfehle nach Maß passend gearbeitet. **Stützeinlagen** sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Stützkorsetts usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege. *
Pollmann, Bandagist,
Berlin N.
Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

In Erwartung einer neuen Raupenoffensive.

Die trockene Witterung des Juni und Juli hat die Entwicklung der Kohlweißlinge sehr begünstigt. In großen Massen sieht man die bekannten weißen Schmetterlinge jetzt in den Gärten und Feldern umherflattern. Betrachtet man einmal eins der Weibchen des Kohlweißlings, das durch die schwarzen Flecken auf den Vorderflügeln deutlich vom Männchen unterschieden ist, bei seinem anscheinend zwecklosen Umherflattern genauer, so sieht man, daß es sich bald ausruhend auf irgend eine Pflanze niederläßt, selten aber lange bleibt, sondern sein Umherschwärmen bald wieder fortsetzt. Hat es jedoch auf der Unterseite eines Kohlblattes Platz genommen, so dauert es gewöhnlich länger. Ein der Sache Unkundiger könnte auf den Gedanken kommen, es stille hier seinen Hunger; das ist aber nicht der Fall; die inneren Teile der Freßwerkzeuge der Schmetterlinge sind nicht derart, daß sie von einem Blatte das Geringste genießen könnten, denn sie bestehen aus einem Rollrüssel, mit dem die Tiere höchstens den Honig aus der Blume saugen, aber weder beißen noch kauen können. Nimmt man aber die Unterseite des Kohlblattes, nachdem das Weißlingsweibchen es verlassen, näher in Augenschein, so entdeckt man gewöhnlich da, wo es gesessen hat, eine Anzahl Eier, die es dort abgesetzt hat. Obwohl das Tier selbst also von der Kohlpflanze keine Nahrung nehmen kann, so sagt ihm doch der innewohnende Instinkt, daß seine Nachkommenschaft, die später aus den Eiern hervorkriechenden Raupen, einzig und allein von dieser Pflanze zu leben vermag.

Die die Größe von etwa 3½ Zentimeter erreichenden Raupen, die von bläulich-grüner Grundfarbe sind und durch schwarze Punkte, einen V-förmigen Fleck am Kopfe sowie durch mehrere gelbe Längsstreifen gekennzeichnet sind, entwickeln eine unheimliche Gefräßigkeit. Man hat beobachtet, daß eine Kohlweißlingsraupe in 24 Stunden mehr als das Doppelte ihres Gewichtes verzehrte und dadurch um ein Zehntel ihres früheren Gewichtes schwerer wurde. Treten diese Raupen in einem Jahre massenhaft auf, wie es leider auch für dieses Jahr zu befürchten ist, so fressen sie ganze Kohlfelder kahl, und es bleibt dann von den Kohlpflanzen nichts mehr übrig als die harten Blattrippen. Dieser Gefahr nun, so schreibt uns ein Mitarbeiter, muß bei der Wichtigkeit, die der Kohl für unsere Winterernährung zu beanspruchen hat, auf das wirksamste begegnet werden. Das kann nur dadurch geschehen, daß man auf den Kohlfeldern die unteren Seiten der Blätter nach Raupeneiern absucht und diese durch Zerreiben zwischen den Fingern vernichtet. Des weiteren sind die schon ausgebrochenen Raupen an den Pflanzen sorgfältig abzulesen. Da die Gärtner und Landwirte nicht über die nötigen Arbeitskräfte verfügen, empfiehlt sich auch die Inanspruchnahme der Kinder bei dieser leichten und doch sehr wichtigen Arbeit. . . .

Die Raupen des Kohlweißlings treten in manchen Jahren in so großen Massen auf, daß sie imstande sind, einen Eisenbahnzug im vollen Lauf zu hemmen und vollständig zum Stillstand zu bringen. Wir besitzen die Schilderung eines derartigen Ereignisses aus der Feder eines durchaus glaubwürdigen Zeugen, des einstigen Präsidenten des Entomologischen Vereins zu Stettin, C. A. Dohrn. Dieser berichtet darüber: „Im Sommer 1854 kam ich von Berlin nach Prag über Brünn. Zwischen diesen letzten beiden Städten ging plötzlich der Zug auffallend langsamer; aus dem langsamen Tempo wurde ein schleppendes, und gleich darauf hielt der Zug vollständig still. . . . Was einem Elefanten, einem Büffel nicht gelungen wäre — etwa den Fall ausgenommen, daß ihre zerschmetterten Leichen den Zug aus den Schienen gebracht hätten —, das hatte die unbedeutende Raupe des Kohlweißlings glorreich durchgesetzt. Auf der linken Seite des Schienenstranges befanden sich nämlich einige Felder, an deren abgefressenen Kohlstrünken die Freßlust besagter Raupen deutlich genug zu erkennen war. Da sich nun in einiger Entfernung rechts von den Schienen einige Kohlbeete wahrnehmen ließen, deren Pflanzen noch in reichem Blätterschmucke prangten, so war offenbar kurz vorher in einer Raupen-Volksversammlung einstimmig beschlossen worden, nach der Regel ubi bene, ibi patria das engere Vaterländchen des Kleinherzogtums Linksstrang mit dem Großherzogtum Rechtsstrang zu vertauschen. Infolgedessen waren gerade im Moment, wo unser Zug mit voller Geschwindigkeit heranbrauste, die Schienen auf mehr als 60 Meter Länge mit den Kohlraupen dicht bedeckt. Daß auf den ersten 20—25 Meter die unglücklichen Fuß- und Afterfußwanderer durch die tölpischen Räder der Lokomotive in einer Sekunde zerquetscht waren, das war natürlich; aber die schmierige Masse der Tausende von kleinen Fettkörpern legte sich auch gleich mit solcher Kohäsion an die Räder, daß diese in den nächsten Sekunden kaum noch Reibung genug besaßen, um vorwärts zu kommen. Da aber jeder Schritt vorwärts durch neues Raupenquetschen neues Fett auf die Räder schmierte, so versagten diese vollständig den Dienst, noch ehe die marschierende Kolonne der Raupen durchbrochen war. Es dauerte länger als 10 Minuten, ehe mit Besen die Schienen vor der Lokomotive gekehrt und mit wollenen Lappen die Räder der Lokomotive und des Tenders so weit geputzt waren, daß der Zug wieder in Bewegung gesetzt werden konnte."

Nahrungsbedarf und Darmlänge.

Die Ernährungsfrage, die jetzt in allen europäischen Ländern im Vordergrund des Volksinteresses steht, hat in den letzten Jahren zu den verschiedensten Untersuchungen über den Nahrungsbedarf der Menschen geführt. Der Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel wurde hierbei nach Wärmeeinheiten oder Kalorien gerechnet, d. h. nach der Kraft der Wärme, die bei der Zerstörung bezw. Verbrennung der Nahrung in unserem Körper gebildet wird. In jüngster Zeit hat nun ein Forscher — C. v. Pirquet — die Untersuchungen über den Nahrungsbedarf des menschlichen Körpers nach völlig neuen Gesichtspunkten vorgenommen. Zunächst rechnet Pirquet nicht mehr nach Kalorien, sondern stellt als natürlichste Einheit die Milch auf, an deren Nährstoffen er den Nährwert der übrigen Nahrungsmittel mißt. Als kleinste Nahrungseinheit gilt der Nähr- und Brennstoffwert von 1 Gramm Milch. Neben diesen Brennstoffwerten, die Kohlehydrate und Fette umschließend, muß auch der Eiweißwert einer Nahrung in Betracht kommen, und auch hier bildet wieder die Milch, indem als Portionseinheit die Eiweißmenge, die in 100 Gramm Milch enthalten ist, angenommen wird, den Ausgangspunkt der Berechnungen. Die tägliche Nahrung des Menschen sollte stets so beschaffen sein, daß der Eiweißwert mit dem Brennstoffwert möglichst übereinstimmt. Ein Ueberwiegen der Eiweißwerte ist unnötig, ja auf die Dauer sogar schädlich.

Noch eigenartiger als die Festsetzung dieser neuen Brennstoff- und Eiweißeinheiten an Stelle der bisher üblichen Kalorien ist die Methode, nach der der Forscher die für den Menschen notwendigen Nahrungsmengen bestimmt. Maßgebend für diese Bestimmungen ist in erster Linie die Ausdehnung des menschlichen Darmkanals, von der allein die Verdauungsfähigkeit jedes Menschen abhängt. Ißt der Mensch zum Beispiel mehr, als die Oberfläche seines Darmes aufzusaugen imstande ist, so geht die wertvollste Nahrung unverbraucht wieder ab, während umgekehrt auch weniger wertvolle Nahrung, aber in der richtigen Menge gegeben, vom Darm nach Möglichkeit ausgenutzt wird. Nun handelt es sich natürlich vor allem darum, zu wissen, wieviel Flächenraum der menschliche Darm zur Aufsaugung der Nahrung besitzt, und diese Berechnung wird dadurch erleichtert, daß zwischen der Sitzhöhe des Menschen, d. h. dem Zwischenraum zwischen Sitzfläche und Scheitelhöhe und der Länge seines Darms ganz bestimmte Beziehungen bestehen. Der ganze Darmkanal ist nämlich etwa zehnmal so lang als die Sitzhöhe des Menschen, und die aufsaugende Oberfläche des Darmes bildet einfach das Quadrat dieser Sitzhöhe. Ein Mann, dessen Sitzhöhe 90 Zentimeter beträgt, besitzt demnach eine aufsaugende Darmfläche von 90 mal 90, d. i. 8100 Zentimeter, folglich ist sein Darm imstande, bis zu 8100 Gramm Milchwerte aufzusaugen und zu verarbeiten. Diese Zahlen bedeuten jedoch das Höchstmaß der Verdauungsfähigkeit; denn für eine gleichwohl gesunde mittlere Ausnutzung berechnet man keineswegs ein volles Gramm Milchwert auf den Quadratzentimeter Darmfläche, sondern nur $^{4}/_{10}$ bis $^{7}/_{10}$ Gramm. Nach dieser Mittelwertberechnung würde die Darmfläche einer Frau von 80 Zentimeter Sitzhöhe 2560 Gramm Milchwerte aufzusaugen vermögen, was einer Menge van etwas über 2½ Liter Milch entspricht. Ist eine Nahrung so beschaffen, daß weniger als 0.3 Gramm Milchwert auf den Quadratzentimeter der Aufsaugungsfläche des Darms kommen, so erweist sie sich für die Erhaltung des menschlichen Körpers als ungenügend und muß aufgebessert werden.

Die neue Berechnungsart ist insofern einleuchtend, als sie sich nur nach der Aufnahme- und Verdauungsfähigkeit des menschlichen Darmes richtet und damit jedes unnütze Zuviel-, zugleich aber auch das Zuweniggenießen vermeidet.

Die natürlichen Wasserkräfte Deutschlands.

Zur Ersparnis von Kohle und zur Schonung der immer kostbarer werdenden Kohlenlager, aber auch zur Beschaffung einer möglichst billigen motorischen Kraft, wird eie Ausnutzung der natürlichen Wasserkräfte für jedes Land immer mehr zu einer gebieterischen Pflicht. Deutschland ist von der Natur mit solchen Schätzen nicht besonders reichlich ausgestattet worden, und insbesondere gibt es ja auf deutschem Boden nicht einen einzigen ansehnlichen Wasserfall, in dem sich die Wasserkraft augenfällig zu einem großen Betrage verdichtete.

Von englischer Seite ist unlängst die Angabe veröffentlicht und verbreitet worden, daß in Deutschland Wasserkräfte von nicht ganz 1½ Millionen Pferdekräfte vorhanden sein sollen, allerdings etwa ebensoviel wie in Großbritannien selbst, aber siebenmal weniger als in Italien, fünfzigmal weniger als in Schweden und gar 140 mal weniger als in Norwegen. Professor Halbfaß, der beste Kenner unserer deutschen Binnengewässer, hat in Petermanns Mitteilungen eine möglichst genaue Berechnung der deutschen Wasserkräfte nach allen verfügbaren Quellen veröffentlicht. Er ist zu ganz anderen Ergebnissen gelangt, die nicht nur wegen ihrer Summe, sondern auch wegen der geographischen Verteilung von höchstem Werte sind. Er schätzt danach die Wasserkräfte Norddeutschlands auf rund eine Million, diejenigen Mitteldeutschlands auf drei Millionen und die Süddeutschlands auf acht Millionen Pferdestärken, sodaß sich die stattliche Gesamtheit von etwa zwölf Millionen Pferdestärken ergeben würde. Es kommen also auf einen Quadratkilometer Fläche deutschen Bodens im Durchschnitt 22 und auf jeden Einwohner 0,18 Pferdestärken.

Als Norddeutschland ist dabei das Flachland (280 000 Quadratkilometer) gerechnet worden, als Mitteldeutschland das Gebirgs- und Hügelland, als Süddeutschland das Gebiet südlich des Mains, die letzten beiden Landesteile mit je 130 000 Quadratkilometern. Süddeutschland ist demnach ganz außerordentlich überlegen. Immerhin muß damit gerechnet werden, daß von dieser Energiesumme nur ein Teil technisch verwertet werden kann, aber andererseits hält Halbfaß seine Zahlen, besonders die für Süddeutschland, für Mindestschätzungen. Mindestens dürfte wohl die Hälfte der angegebenen Pferdestärken nutzbar gemacht werden können.

Notizen.

— **Ein „Kartell freier Kunstverbände"** haben der Goethe-Bund, der Schutzverband Deutscher Schriftsteller, der Verband deutscher Bühnenschriftsteller, die Gesellschaft für Theatergeschichte und die Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände, die vor einigen Wochen im Beethovensaal in Berlin über „Die Zukunft der deutschen Bühne" verhandelten, gebildet. Das Kartell will keine bestimmte künstlerische Richtung vertreten oder ablehnen, will aber alles unterstützen, was geeignet sein kann, dem gesamten Volk die Kunst der Bühne nahe zu bringen. Das Kartell ist bestrebt, mit allen geeigneten Mitteln die Freiheit der deutschen Kunst, besonders der Bühnenkunst, zu wahren und gegen alle Versuche, ihre natürliche Entwicklung zu hemmen, zu sichern. Die Geschäftsstelle befindet sich Wilmersdorf, Kaiserallee 178a.

Dies ist also die Gegenorganisation gegen den Theaterkulturverband. Ob sie positiv etwas leisten kann, ist abzuwarten. Außer dem Schutzverbande ist kaum eine tätige Kraft darin. Die sonderbare Vorstellung, daß die Kunst gegen den organisierten Einfluß der Massen geschützt werden müsse, spukt auch in den Köpfen der Gründer herum.

— **Gesammelte Werke von Lili Braun.** Für die in Vorbereitung befindliche Gesamtausgabe der Werke Lili Brauns ersucht Dr. Heinrich Braun (Berlin-Zehlendorf-M., Erlenweg 1) um die Ueberlassung von Briefen ihrer Hand.

— **Bühnenchronik.** Kurt von Möllendorff, bisher Direktor des Residenz-Theaters in Wiesbaden, ist als künstlerischer Leiter an das Trianon-Theater verpflichtet worden.

— **Die Baumwurzeln und das Grundwasser.** Dr. W. Wächter von der kgl. Landesanstalt für Wasserhygiene in Berlin-Dahlem hat Untersuchungen über die Beziehungen zwischen dem Wurzelwachstum der Bäume und dem Grundwasser angestellt. Es geht aus ihnen hervor, daß die Ulme mit ihren Wurzeln dem Wasser nachgeht, ebenso anscheinend in gewissem Maße auch der Apfelbaum. Bei der Esche und Birke scheint dies nicht der Fall zu sein, während die Kiefer wohl zu den Bäumen gehört, die ausstehendes Wasser nicht vertragen. Wie die Kirsche sich allgemein verhält, konnte, da nur ein Baum ausgegraben wurde, nicht festgestellt werden. Jedenfalls wäre es sehr erwünscht, wenn diese Untersuchungen planmäßig fortgesetzt würden, denn durch sie kann Klarheit darüber geschaffen werden, ob und in welchem Umfange der Baumwuchs bei Absenken des Grundwasserspiegels geschädigt wird, eine Frage, die namentlich für die großstädtischen Wasserwerke nicht ohne Bedeutung ist.

— **Papier aus Tang.** Ein Gärtner hat nach der „Papier-Zeitung" ein dänisches Patent zur Herstellung von Papier aus Tang erhalten. Durch die Versuche des Erfinders und solche in einer Papierfabrik in Kopenhagen und in der Materialprüfungsanstalt des dänischen Staates scheint es festgestellt, daß durch Mischung der Tangmasse mit einer geringen Menge Papierstoff sich ein Papier herstellen läßt, das den gebräuchlichsten Sorten gleichkommt, während die Erzeugung weit billiger wird, da die Tanggewinnung ja nicht viel kostet.

22]

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Als Steffensen fort war, standen die Schwestern noch eine Weile auf demselben Fleck. Cecilie war ganz in ihre Gedanken versunken. Plötzlich begann sie: „O, wir kommen ja niemals von hier fort. Laß uns hineingehen!"

Als sie auf den Hof kamen, sagte sie: „Ja, wer bloß noch frei wäre, wie Steffensen es ist. Jetzt scheint mir, es würde ebensoviel wert sein, als wäre die ganze Welt mein eigen."

„Ach, glaubst Du denn, daß Fischer Dich so unterjochen kann?" sagte Gjatrid. „Glaubst Du nicht, daß er ein Feigling ist?"

„Ach, liebe Gjatrid, ich meine, es ist, als ob er herumginge und lauerte. Ich hab solche Angst vor ihm; — wenn er mich erst für sich allein hat, so macht er gewiß einen ganz andern Menschen aus sich. — — Ich kann jetzt gar nicht verstehen, warum ich vor Mutter solche Angst hatte. Was konnte sie mir anhaben, — was mehr als mich aussenden und mir meine Freiheit lassen. — Aber er! — — O, liebe Gjatrid! — wenn sie Dich zwingen will zu einem Manne, so tu es nicht, geh Du Deinen Weg!" — —

Jungfer Gjatrid konnte diesen Gedanken lange nicht vergessen: ihrer Mutter Widerstand zu leisten. Es kam ihr ganz unmöglich vor. Aber Schwester Cecilie hatte es doch selber auch nicht getan. — —

Im Gartenzimmer, in das die Schwestern eintraten, war man jetzt von zweierlei in Anspruch genommen: man spielte Karten und verhandelte über den Verkauf des Bjerrehofs. Augenscheinlich waren nur die Häupter der alten Familie hier drinnen versammelt, außerdem Hardesadjunkt Fischer und der Bräutigam. — Der letztere nickte Cecilie zu und lächelte mit dem Munde; aber Gjatrid fand sein Aussehen so garstig. Gjatrid ging bald in die Küche hinaus. Cecilie blieb drinnen stehen und sah zu. Soweit sie das Gerede verstehen konnte, wollte die Familie mit ihrem Vater an der Spitze den Hof für 30 000 Reichstaler übernehmen, wenn das Gebot auf der Aktion so hoch hinaufkam. Aber dann sollte sich auch Erik Skindtoft dazu verpflichten, ihn nicht an andere zu verkaufen, selbst wenn auf der Auktion mehr als 32 500 geboten würden.

Onkel Jerrik, wie die Kinder auf Stavn Erik Skindtoft nannten — er war in Wirklichkeit ein Vetter Kristen Faurholts — saß im Sofa und war augenscheinlich nicht sonderlich zufrieden mit dem Angebot der Familie. Er hatte eine erstaunliche Gewohnheit oder Fähigkeit darin, wenn er eine kurze Zeit auf einem Platz gesessen hatte, sich mit einer Menge Kleinigkeiten zu umgeben, die zum größten Teil aus seinen Taschen herrührten. Die Kinder auf Stavn nannten das, Onkel Jerrik „baut ein Nest." — Auch jetzt lagen um ihn herum auf dem Sofa: ein Brillenfutteral, eine Schnupftabaksdose, ein Taschentuch, ein Kamm, ein Zahnstocher, eine Rolle Kautabak in Papier und mehrere andere Sachen. Aber er war so unruhig, daß er nichts an dem Platze liegen ließ, wo es lag. Das war bei ihm stets das Zeichen, daß er sich nicht wohlbefand.

„Wenn mir nun auf der Auktion ein Angebot gemacht wird", sagte er und steckte die Brille ins Futteral, „ich will mal sagen: von 35 000, dann werdt ihr doch nicht wollen, daß ich so ein Angebot abschlagen soll."

„Gewiß, gewiß, lieber Jerrik", sagte Kristen Faurholt, „das weiß der liebe Gott, daß wir das wollen. Sonst kann uns doch nicht gedient damit sein, Dir die 30 000 zu sichern. — Nimm nun mal den Fall an, es würden Dir nur — ich will sagen — 27 000 geboten. Dann säßest Du da, wenn Du uns nicht hättest."

„Ja, aber dann gebt ihr mir ja auch nur 27 000."

„Gewiß, gewiß, — unser höchstes Gebot sind 32 500 und unser niedrigstes sind 30 000, und dabei bleiben wir."

„So hast Du vorher nicht gesagt. Ihr wollt mich zum Narren haben, ihr Gauner! — Dann will ichs wenigstens schriftlich haben."

„Nein, das ist die Sach nicht wert, bester Jerrik; so ein Stück Papier; das könnt einer zu sehen kriegen, und das wäre nicht gut."

„Nein, wir wollen uns lieber aufeinander verlassen, was Kristen? Du sagst das ja immer."

Das Gespräch wurde fortgesetzt, oft jedoch lange durch das Kartenspiel unterbrochen, während dessen die eine Partei die andre in scheinbarer Gleichgültigkeit dem Hofverkauf gegenüber zu überbieten suchte.

Ab und zu war man auch zum Tanzen draußen, nachdem das Brautpaar den ersten Tag miteinander beendet hatte. Aber immer wieder kehrte man zurück zu der Gartenstube, den Karten und dem Hofhandel.

Endlich erhob der Bräutigam sich, ging hin und sprach leise mit der Braut. Sie wandte das Gesicht fort. Ihr Vater warf mehrmals einen unruhigen Blick nach ihnen hin. Jetzt kam Madam Faurholt und sprach mit der Braut. Die wurde sehr bleich — und verließ zusammen mit ihrem Mann und ihrer Mutter das Gartenzimmer.

Die Gäste blieben noch etwa eine Stunde. Dann begann man aufzubrechen. Die allermeisten fuhren nach Hause. Einzelne waren von soweit her, daß sie die Nacht auf Stavn verbrachten. Bei Tagesanbruch war alles ruhig auf dem ganzen Hof.

* * *

Als die Mägde und einige Häuslerfrauen ein paar Stunden später in den Stuben waren, um nach dem Feste aufzuwaschen und reinzumachen, kam Cecilie plötzlich zu ihnen herein. Sie hatte ihr tägliches Arbeitskleid an; und ohne etwas zu sagen als bloß: Gutenmorgen — und ein vereinzeltes Ja oder Nein auf ihre Fragen, holte sie einen Scheuereimer und fing an, zusammen mit den andern den Fußboden zu scheuern. Danach war sie in der Küche und beteiligte sich an dem Aufwaschen von Tellern, Tassen, Schüsseln, dem Putzen von Messern und Gabeln, — gab Anordnungen wegen des Essens, ganz wie sie es gewöhnlich tat. — Sie trank ihren Morgenkaffee zusammen mit den Mädchen in der Küche, wie es auch sonst Sitte auf Stavn war; — und jetzt erst stand Gjatrid auf und kam zu den andern hinaus. Die, die am Feste teilgenommen hatten, durften heut natürlich länger schlafen.

Verwundert fragte sie die Schwester aus, — Cecilie jedoch antwortete in einem Ton, wie wenn man etwas sehr geschäftig im Vorbeigehen sagt: „ach, laß mich doch nur, — es macht ja nichts — —"

Das stimmte so wenig zu der Art, wie die beiden Schwestern gestern zusammen geredet hatten, daß Gjatrid verwirrt wurde und beinahe Angst um ihrer Schwester willen bekam.

Später am Vormittag kam Madam Faurholt in die Küche und sah Cecilie drüben am Ausguß stehen und Kartoffeln für den Mittagstisch schälen. Das berührte sie sehr sonderbar, — und gleich darauf wurde sie zornig!

(Forts. folgt.)

Deutsches Theater.
Heute und folg. Tage 8 Uhr:
Max Pallenberg in
Der kleine Napoleon.

Kammerspiele.
Heute u. folg. Tage 7¾ Uhr:
Goldfische (Lustspiel).

Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrundb. Schönh. Tor.
Heute u. folg. Tage 7¾ Uhr:
Fahrende Musikanten
Musik von Robert Schumann.

Lessing-Theater.
Heute und folgende Tage
7¾ Uhr:
Die Königin der Luft.
(Gesangsposse.)

Theater i. d. Königgrätzerstr.
8 Uhr: Künstlerische Tänze.
Die Frage an das Schicksal.
Abschiedssouper.

Komödienhaus
8: Wie fessle ich meinen Mann?

Berliner Theater
7½ U.: **Die tolle Komteß.**

Voigt-Theater
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich große Extravorstellung.
Die drei Grazien.
Vorher: Erstklassiges
Spezialitäten-Programm.
Mittwochent. 4¾. Sonnt. 4 Uhr.
Freitag, den 10. August:
Benefiz für Oberspiell. K. Friedau
Schulzens vom Gesundbrunnen.

Theater für Mittwoch, den 8. August.

Deutsches Opernhaus
7½ Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. Herrnfeld-Th.
Operetten-Gastspiel
7½ Uhr: **Die ledige Ehefrau.**

Kleines Theater
7½ Uhr: **Die Hausdame.**

Komische Oper
8 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**

Lustspielhaus
7¾ Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 281
7¼ Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Metropol-Theater
7½ Uhr: **Die Czardasfürstin.**

Residenz-Theater
8 Uhr: **Die Verhüllte.**

Schiller-Theater O
7½ Uhr: **Der fliegende Holländer**

Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater
Heute geschlossen. Sonntag
3 u. 7½ Uhr: Charleys Tante.

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr: **Die Gulaschkanone.**

Theater des Westens
7¾ Uhr: **Stolze Thea.**

Trianon-Theater
8 Uhr: Die sittliche Forderung.
Die Lore.

Zähne mit u. ohne Platte, mit echtem Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben. Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse. Reparaturen sofort. **Zahnziehen** in örtlicher Betäubung. Billige Preise, auch Teilzahlung. Teleph. Amt Nord. 10438.
D. A. Löser Persönl. zu sprech. **nur Rosenthalerstr. 69** am Platz v. 9-7, Sonnt. 10-12.

URANIA
8 Uhr:
Das Oberengadin und der Splügen.

Palast am Zoo
Tägl. 7¾ Sonnt. 3½ u. 7¾
R. Steidl, A. Müller-Lincke
in **„Der Herr ohne Wohnung“.**
Neu! **Die Barfußmode.**
„Afra“.
Perzina — Mantl.

Berliner Prater-Theater.
Kastanienallee 7—9.
Zum 73. Male:
Aha — famos!
Gr. Ausstattungs-Operettenposse in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.
Vorher d. gr. Varietéprogramm.
Anfang 4½ Uhr.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Die Stunde des Vertrauens.
Gartenb.: Seemannsliebchen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anf. 7½ U.
Reichshallen-Garten u. Saal:
Großes Blüthgen-Konzert.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: **Zigeuner.**
Gartenbühne: Vorstellung.

Zirkus A. Schumann
Bahnhof Friedrichstraße.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen gest. Kühl. Aufenth.
Das neue Zirkus-Varieté-Programm
u. a. Max u. Moritz, die ber. radfahr. Affen.
Sums, d. urk. sprech. Fangkünstl.
Luis u. Sohn, d. Unübertroff.
Der Wettstreit zu Pferde.
3 Grazien am Draht.
Halali Parforce-Schnitzeljagd.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke, *
Ehrlich-Hata-Kuren
(Dauer 12 Tage). Behandl. schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 34-36, Ecke Neue Friedrich.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, a. Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichst 125 (Oranienb. T.),
f. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.).
Blutuntersuch. Schnelle, sichere schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 221/90*
Sprechstund.: 11—1 u. 6—8.

Gutes Obst- u. Kartoffelland
Parzelle 300 Mark,
Waldparzelle 350 M.
an Bahnstation, Chaussee, Fließ. Off. D. 919 Gerstmanns Ann.-Bur., Alexanderplatz. 234/6*

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche.
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
für Haut-, Harn-, Frauenleiden nerv. Schwäche, Beinkranke,
Ehrlich-Hata-Kuren,
(Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36 Stadtbhf. Alexanderpl.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10-1.

Wie gründe ich mir eine gute Existenz während des Krieges und nach dem Kriege? 2,60, Porto extra! Geprüft, genehmigt, als gut und praktisch anerkannt. 52312*
O. A. Grambs
Sonneberg 24.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedr. Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr und in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 3, bis 5 Uhr abends angenommen.

Verkäufe

Legehühner verkauft Fröhner, Donaustraße 104, abends 6 Uhr. †90

Teppich-Thomas, Oranienstraße 44, spottbillig, farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen. [259R*

Abessinier, Spritzpumpen, Ersatzteile. Köchlin, Alte Jakobstraße 39/22.

Pelzgarnituren! Skunksstolas! Skunksmuffen! Fuchsgarnituren! Kaninggarnituren! Allerbilligste Preise! Neue Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Silbertaschen! Wandbilder! Leihhaus! Warschauer Straße 7. 169R*

Lieferwagen, Klappsportwagen, Holzräder, alle Reparaturen an Kinderwagen, Korbmacher Weidlich, Brunnenstraße 96. 280R*

Möbel

Möbeleinkauf! Kleiderschränke, Vertikos, Plüschsofas, Trumeaus, Bettstellen, Waschtoiletten, Kücheneinrichtung, ganze Wirtschaften und Nachlässe kauft höchstzahlend Höfer, Prinzenstraße 71. (Moritzplatz 1078.) *

Mandoline, Gitarre, Laute verkäuflich, auch Unterricht. Brunnenstraße 160 II. [70/20*

Kaufgesuche

Spiralbohrer, Stahl, Schnellaufbohrer, Fräser, Feilen, Werkzeuge kauft Metall-Einkaufs-Zentrale Beusselstraße 3. [136K*

Schnellauf - Spiralbohrer, Stahl, Werkzeuge kauft Metalleinkauf Herrmann, Kottbuser Damm 66. 291R*

Schallplatten von 95 Pf. an, abgespielte, sowie zerbrochene, kauft und tauscht jedes Quantum, Musikhaus, Große Frankfurter Straße 101. 242R*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Schmucksachen, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, Film- und Zelluloidabfälle, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, sowie sämtliche Abfälle, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. Vertreterbesuch. 171*

Leinölfirnis, Firnis-Ersatz, Terpentinöl, Terpentinöl-Ersatz, Fußbodenlack, Emaillelack, sämtliche Oellacke, Kopal, Kolophonium, Borax, Paraffin, Zeresin, Bienenwachs, Schellack, Leim und ähnliches kauft Wolter, Thaerstr. 6. 191R*

Platinabfälle! Gramm bis 7,70! Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Schmucksachen, Brillanten, Perlen, Farbsteine, Ketten, Ringe, Zahngebisse, Platina 7,60, Uhren kauft Juwelier Fuß, Seydelstraße 32, Ecke Spittelmarkt. 51412*

Leim, Leinölfirnis, Paraffin, Harze, Oellacke, Borax, Aehnliches kauft Drogerie, Lieblgstraße 34. 71/5*

Herrenradgesuch, Damenradgesuch, auch defekte, Kämmereit, Große Frankfurterstr. 14. [69/1*

Leinölfirnis, Standöl, Oellacke, Siccatif, Terpentin (Ersatz), Firnis (Ersatz), Paraffin, Leim, Schellack kauft Maleret Jöls, Neuenburgerstraße 16, Moritzplatz 5861. 204/6*

Kaufe alles: Firnis, Leim, Bienenwachs, Paraffin, Kopal, usw. Zahle anerkannt höchste Preise. Noack, Große Frankfurterstraße 25. 71/6*

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Messerschleifer und Polierer verlangt Messerfabrik B. Bruckacher, Oranienstraße 43. [292K*

Schlosser auf Militärarbeit verlangt Ed. Puls, Tempelhof. 273R*

Lagerburschen verlangt Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Mittelstraße 18. [122b

Hausdiener, kräftiger, militärfrei, sofort gesucht. Gutmann, Dessauerstraße 28/29. [121b

Lageristinnen, tüchtige, sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 298R*

Radfahrer verlangt Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Mittelstraße 18. [123b

Militärhemden-Arbeiterinnen suchen Eisenberg u. Manuel, Spittelmarkt 8. [292K

Verkäuferinnen für die Abteilung Glas sofort gesucht. Meldungen 1—2 oder 6—7 Uhr. A. Jandorf u. Co., Große Frankfurterstraße 113. 298K*

Verkäuferinnen für die Abteilung Porzellan sofort gesucht. Meldungen 1—2 oder 6—7 Uhr. A. Jandorf u. Co., Große Frankfurterstraße 113. [298K*

Arbeiterinnen für leicht zu erlernende Maschinenarbeit verlangt Reinhardt, Schützenstraße 60—62. 291K*

Verkäuferinnen für die Abteilung Wirtschaftsartikel sofort gesucht. Meldungen 1—2 oder 6—7 Uhr. A. Jandorf u. Co., Große Frankfurterstraße 113. [298K*

Verkäuferinnen für die Abteilung Schreibwaren sofort gesucht. Meldungen 1—2 oder 6—7 Uhr. A. Jandorf u. Co., Große Frankfurterstraße 113. [298K*

Radfahrerinnen verlangt Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Mittelstraße 18. [124b

Photographisches Atelier. Für obige Abteilung suchen wir eine Negativ-Retoucheuse. Meldungen in unserer Personalverwaltung im 3. Stock. Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Berlin W. 50, Tauentzienstraße 21/24. 298R*

Suche Zuarbeiterin und für Verkauf Lehrfräulein, Putzgeschäft Hella Krebs, Charlottenstraße 19. [292K

Zeitungsträgerin sofort verlangt Spedition Lichtenberg, Wartenbergstraße 1, Laden. *

Zeitungsausträgerin verlangt „Vorwärts“-Spedition Schöneberg, Meiningerstraße 9. *

Botenfrauen werden eingestellt „Vorwärts“, Charlottenburg, Sesenheimerstr. 1. *

Zeitungsbotin verlangt „Vorwärts“-Ausgabestelle Berlin-Niederschöneweide, Brückenstraße 10-11, Unruh. *

Zeitungsfrau verlangt „Vorwärts“-Ausgabestelle, Lausitzerplatz 14/15.

Botenfrau, Tour Tegel und Reinickendorf-West, stellt ein Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10, „Vorwärts“-Spedition. *

Zeitungsfrau sofort Spedition Immanuelkirchstraße 12. *

Zeitungsausträgerin sofort einzustellen. Vorwärtsspedition Moabit, Wilhelmshavenerstraße 48, von 11—1½ und 4½—7 Uhr. *

Botenfrauen verlangt sofort Ausgabestelle Greifenhagenerstraße 22. *

Frauen zum Zeitungsaustragen sucht „Vorwärts“-Ausgabestelle Alt-Boxhagen 56, Laden. *

Zeitungsausträgerinnen verlangt Feyerstein, Bismarckstraße 82. *

Zeitungsausträgerinnen werden sofort eingestellt „Vorwärts“-Spedition, Markusstraße 36. *

Botenfrau stellt ein „Vorwärts“-Spedition Tempelhof, Ueckermann, Kaiser-Wilhelmstraße 74, Ecke Werderstr. *

Zeitungsausträgerinnen können sich melden. „Vorwärts“-Ausgabestelle, Lausitzerplatz 14/15.

Frau zum Zeitungsaustragen verlangt Klein, Grünau, Friedrichstraße 10. *

Zeitungsausträgerinnen verlangt Feyerstein, Adlershof, Bismarckstraße 82. *

Zeitungsausträgerin verlangt Bernsee, Steglitz, Mommsenstr. 59. *

Tüchtige Schlosser und Schmiede
für dauernd sofort gesucht. 52982
Runge-Werke A.-G., Spandau-West.

Für dauernde Stellung suchen wir noch **mehrere**
tüchtige Monteure.
Vorstellung 10—1 oder 4—6 Uhr. 65A
Gesellschaft für Hochdruck-Rohrleitungen,
Blankenfeldestraße 9.

Arbeiter aufs Land gesucht!
Nur persönliche Meldungen 10—12 vormittags Schöneberg, Vorbergstraße 4. 52972*
Korps der Alters-Freiwilligen.

Spitzendreher,
geübte, möglichst militärfrei, auch kriegsbeschädigt, sucht 126b*
Stock Motorpflug, Cöpenicker Str. 48/49.

Arbeiterinnen
stellt ein 52912*
Chemische Fabrik
Habeko G. m. b. H.,
Berlin N 58, Fransecky-straße 6.

Schlosser
für grobe Blecharbeiten und Eisenkonstruktion werden sofort eingestellt, ferner noch eine Anzahl **Hofarbeiter.** 52782*
Berlin-Anhaltische Maschinenbau Aktien-Gesellschaft
Berlin NW 87, Reuchlinstraße 10—17.

Selbständige Automobil-Reparaturschlosser
sofort gesucht. 52962*
Loeb & Co. G. m. b. H.,
Automobil- und Flugmotorenfabrik,
Charlottenburg, Fritschestraße 27/28.

Schiffswerft
Nordseewerke
Emden (Ostfriesland)
sucht ständig 277/4*
Maschinenbauer, Schlosser, Dreher, Kupferschmiede.

Stockgesellen und Hammerführer
verlangen sofort 70/4*
Schulz & Holdefleiss, Fennstraße 13.

Metalldreher und Arbeiterinnen
verlangt Munitionsfabrik 1702*
F. Gaebert, Berlin C 54,
Sophienstr. 22/22a.

Tüchtige Motorenschlosser
stellt sofort ein 52952*
Loeb & Co. G. m. b. H.
Automobil- und Flugmotorenfabrik
Charlottenburg, Fritschestraße 27/28.

Maurer, Bauarbeiter und Arbeiterinnen
werden eingestellt Neubau Waffenfabriken Wittenau, Eichbornstraße. Eingang III. 204/9
Boswau & Knauer G. m. b. H.

Arbeiter
oder
Arbeiterinnen
welche Fässer zuschlagen können, gesucht. 52922*
Chemische Fabrik „Habeko“, G. m. b. H.,
Berlin N 58, Fransecky-straße 6.

Für größere **Oberbauarbeiten** tüchtige, eingearbeitete Leute gesucht.
Baustelle Karl Brandt, 227/7*
Ammoniakwerk Merseburg, Leuna bei Merseburg.

Tüchtige Schlosser
sucht 52802
„Ariadne“, Abt. Granaten,
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 39.

Kutscher(in)
kräftig, verlangt 125b
Dr. Strube u. Soltmann,
Chemische Fabrik,
Hollmannstraße 25.

Tüchtige Lageristinnen
sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 6 bis 7 Uhr abends. 2982*
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Perlnöpferinnen
auf Damensachen, Akkord.
Neugebohrn & Hillecke,
Alexanderstr. 39/40.

Packer
oder Lagerarbeiter für selbständigen Posten sucht
Schraubenfabrik Reiche.
Wasserkortstr. 9. [120Zb

Tischler
auf kieferne und eichene Regale, Schränke, Schreibtische verlangt
Richter & Scherler,
248/13* Schwedter Str. 9 II.

Mehrere Schmiede
auf Heeresarbeit. (**Hufschmiede** u. andere), **Schirrmeister** (auch Arbeitsverwendungsfähige für die Heimat) für einfache Arbeiten verlangt 265R*
Alex. Herman G. m. b. H.,
Berlin N 20, Pankstr. 29, und
Berlin-Tempelhof,
Kaiser-Wilhelm-Straße 10/11.

Kräftige Arbeiter und Handwerker gesucht, passend für Familienväter.
Städtisches Gaswerk II Charlottenburg, Gaußstr.

Tüchtige Zinkgießer
stellt sofort ein 71/7
G. H. Speck,
Lützowstr. 2.

Ober-Stallmann,
guter Pferdepfleger, als Futtermeister, wie auch ältere, verheiratete **Kutscher** zu sofortigem Eintritt gesucht. 107A*
Karl Nauck, Fuhrwesen,
Müllerstr. 128.

Gelerntes und ungelerntes weibliches Personal
für dauernde Arbeit
sucht in allen Abteilungen
Zigarettenfabrik Garbáty,
Berlin-Pankow.
Meldungen im Betriebs-Bureau, Eingang Hadlichstraße, wochentags von 8—5 Uhr, Sonntags von 10—12 Uhr. 1292*